



# resPEKT!



ZEITSCHRIFT FÜR LESBEN- UND SCHWULEN POLITIK

## Menschenrechte

## willkommen



**FLUCHT**

Asyl und Integration

**HOMOPHOBIE**

In Gottes Namen?

**VOR ORT**

Aktiv für Akzeptanz

**HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG**



Foto: Stefan Wernz

## 12-13 Regenbogenfamilien!

**Neues Projekt**  
RegenbogenFAMILIEN-  
kompetenz

**Rechtssicherheit**  
Inklusive Familienpolitik



Foto: Hirschfeld-Eddy-Stiftung

## 15-19 hirschfeld-eddy-stiftung!

**Yogyakarta-Allianz**  
Postkolonial orientiert

**„Wir feiern unseren Mut“**  
Projekt Masakhane

**Honduras**  
Arcoiris heißt Regenbogen

**Westbalkan**  
Neue Kooperation

# Inhalt

## bundesverband!

- 5 [www.queer-refugees.de](http://www.queer-refugees.de)**  
Asyl und Integration
- 6 Was heißt Integration?**  
Für eine plurale Gesellschaft
- 8 Islam und Homosexualität**  
Liberal-Islamischer Bund
- 9 Salafismus in Deutschland**  
Islamischer Fundamentalismus
- 10 Evangelikaler Streit**  
Lesben und Schwule unerwünscht
- 11 Nationaler Aktionsplan**  
LSVD legt Eckpunkte vor
- 14 #EheFürAlle**  
Deutschland, du kannst das
- 24 Für die CSD-Saison**  
Neue Give-aways
- 26 Er war ein Kämpfer**  
Nachruf auf Martin Pfarr

## länder!

- 7 Anlaufstelle**  
MILES in Berlin
- 20 Irina, Jutta & Oskar**  
Für den LSVD in Niedersachsen
- 20 Noch viel vor!**  
LSVD in Hessen
- 21 Was kommt im Ländle?**  
LSVD Baden-Württemberg
- 22 Begegnungen verändern**  
Deutsch-Russischer Austausch
- 23 Morgen schon was vor?**  
Neue Themen, neue Ideen
- 23 Sachsen startet**  
Auftakt für Landesaktionsplan
- 25 Aktiv in den Ländern**  
LSVD-Adressen

## rubriken!

- 2 Impressum**
- 3 Editorial**
- 4 Pressespiegel**



Lesben- und Schwulverband

**Impressum: respekt! • Zeitschrift für Lesbian- und Schwulenpolitik • ISSN 1431-701X • Herausgegeben vom Lesbian- und Schwulenverband (LSVD)**

**Redaktion:** Markus Ulrich (Hauptverantwortlicher und V.i.S.d.P.), Günter Dworek, Eva Henkel, Axel Hochrein, Klaus Jetz • **Weitere Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:** Katharina Binder, Henny Engels, Simon Günther, Tom Haus, Elke Jansen, Lotte Köhler, Sarah Kohrt, Oda Lambrecht, Gabriela Lünsmann, Barbara Mansberg, Judith Menzl, René Mertens, Knut Nagel, Wolfgang Preussner, Uta Schwenke, Birgit Viebrandt • **Grafik & Layout:** Franka Braun • **Druck:** Spree Druck Berlin GmbH • **Auflage:** 12.000 • **Redaktionsanschrift:** LSVD-Hauptstadtbüro, Altmstadtstr. 7, 10119 Berlin • **E-Mail:** presse@lsvd.de • **Internet:** www.lsvd.de, www.lsvd-blog.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. August 2015. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Tonmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge, Anzeigen und Werbebeilagen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Spendenkonto:** LSVD, IBAN: DE30370205000007086800

**Mitglieder** des LSVD bekommen die respekt! automatisch zugeschickt. Die Eintrittskarte in den LSVD finden Sie auf Seite 26.

# Mehr Empathie

**D**er Wind weht rau. Viele sind offensichtlich sehr schnell bereit, demokratische Grundwerte aufzugeben und sich all jenen anzuschließen, die am lautesten die radikalsten Parolen brüllen. „Besorgte Bürger“ bescheren der AfD Höhenflüge bei Landtagswahlen und so manche werden gleich selbst zu Brandstiftern im Namen des Abendlands. Wortwörtlich! Fatalerweise sehen sie sich dabei bestärkt durch islamistische Terrorakte wie jüngst in Brüssel. Dabei wurzelt beides im Gleichen: Ein Mangel an Empathie und ein Absolutsetzen des Eigenen. Das sind Markenzeichen des Fundamentalismus, ob nun religiös oder rassistisch motiviert. Gemeinsam ist ihnen auch eine Abscheu vor Verschiedenheit, eine Furcht vor Individualität und Anderssein. Kaum überraschend, dass ihnen Lesben, Schwule und Transgender als ungleichwertig gelten.



Foto: Caro Kadatz

Diese mangelnde Empathie, die fehlende Bereitschaft zuzuhören, der kaum vorhandene Mut sich zu hinterfragen – das alles kennzeichnet momentan auch die öffentliche Debatte. In den Kommentaren und (a)sozialen Medien wird rhetorisch aufgerüstet. Shitstorm statt Austausch. Polarisierungen machen Schlagzeilen. Einfache „Lösungen“ bringen Klicks. Bleibt da nur noch Rückzug oder Zurückschreien? Beides ist leicht, bringt jedoch nur wenig. Die Alternative ist anstrengend und braucht auch mehr als einen Kommentar bei facebook oder 140 Zeichen bei twitter. Es ist auch verführerisch, Fundamentalist\_innen und ihre Anhänger\_innen zu beleidigen oder zu belächeln. Damit hat man vielleicht das eigene Selbstbild gefestigt und Lacher auf seiner Seite, nur leider noch keine fundamentalistische Meinung widerlegt.

Angesichts der Dominanz von Schwarz-Weiß könnte einem fast Grau sympathisch werden – verstanden als Bereitschaft zum Differenzieren, zu Zwischentönen und Verstehen wollen. Damit meine ich ausdrücklich keine falsch verstandene Toleranz. Aber nicht hinter jedem Vorurteil steckt Bösartigkeit, nicht hinter jeder Kritik Fanatismus, nicht hinter jeder Frage Menschenfeindlichkeit. Wie erreicht man die Verunsicherten und wer hat kein Verständnis mehr verdient? Wen kann ich also noch für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt gewinnen? Wo lohnt sich das Gespräch, die Überzeugungsarbeit? Wen gibt man verloren und was wird aus denen? Denn auch im Streit ist man sich immerhin noch nah. Reißt der Kontakt erst einmal ab, muss sich niemand mehr hinterfragen, können andere Meinungen vollkommen ignoriert werden.

Wir müssen für eine demokratische und offene Gesellschaft werben, zu der selbstverständlich auch Lesben, Schwule und Transgender gehören – und zwar nicht nur bei denen, die schon überzeugt sind. Dabei gilt es deutlich zu machen, dass alle von einer Gesellschaft profitieren, in der man anders sein kann und darf.

Ich gebe zu, momentan habe ich auch mehr Fragen als Antworten. Fragen stellen ist grundsätzlich aber auch nicht verkehrt. Statt das Heil in Schwarz-Weiß-Denken oder populistischer Stimmungsmache zu suchen, ist mir das Aushalten der eigenen Nachdenklichkeit in unserer immer unübersichtlicher, ambivalenter und komplexer werdenden Welt auch lieber.

Und eins ist auch klar. Schwarz-Weiß kennt nicht nur kein Grau. Es kennt auch kein Bunt.

*Markus Ulrich*

## 29. Januar 2016: Abschied von Stadtrat Martin Pfarr

Martin Pfarr habe zu den Gründern des SPD-Ortsvereins gehört und sei über 25 Jahre kommunalpolitisch für die Stadt Köthen aktiv gewesen. Besonders würdigte Lauter Pfarrs Wirken im Lesben- und Schwulenverband. „Er hat viel zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Homosexualität beigetragen“, sagte der Kreisoberpfarrer. Dabei habe Pfarr auch gelitten. Sein öffentliches Bekenntnis zum Schwulsein habe ihm einige Zeit lang gewaltige Probleme beim Betrieb seiner Arztpraxis eingebracht. „Doch **Martin Pfarr** ist immer seinen Weg gegangen, ist Konflikten nicht ausgewichen und hat viel riskiert.“

## Eßlinger Zeitung

### 03. Februar 2016: Lesben und Schwule halten AfD für „nicht wählbar“

Lesben und Schwule in Baden-Württemberg stellen Grün-Rot ein gutes Zeugnis aus und fürchten einen Regierungswechsel. „Die grün-rote Landesregierung hat unheimlich viel für uns getan“, sagte die Vorsitzende des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) Baden-Württemberg, **Brigitte Aichele-Fröhlich**, der Deutschen Presse-Agentur. „Von der CDU haben wir nicht sehr viel zu erwarten.“ Unter der Vorgängerregierung seien Lesben und Schwule ignoriert worden.



### 15. Januar 2016: Kirche verspricht Schutz für transsexuelle Flüchtlinge

Erzbischof Koch zeigt sich beim Besuch des Zentrums für Migranten, Lesben und Schwule (MILES) bestürzt über die Verletzung, die Menschen dieser Gruppe erfahren. (...) Diese doppelte Not und Angst mache ihn sehr betroffen, erklärt der Erzbischof. Das Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule (MILES) schlage schon seit längerer Zeit Alarm, betont **Jörg Steinert**. Er ist Geschäftsführer des Lesben- und Schwulenverbandes und meint, die Situation sei in Berlin seit dem Sommer katastrophal: „Es gibt immer wieder Gewaltvorfälle gegen Flüchtlinge vor allem in den Unterkünften. Es gibt Diskriminierung durch Sicherheitspersonal, es gibt inkompetente Sprachmittler, die, statt zu übersetzen, den transgeschlechtlichen Flüchtlingen unpassende Fragen stellen oder den homosexuellen Flüchtlingen ihr Moslem-Sein absprechen.“

## 20. Januar 2016: Hass auf homosexuelle Flüchtlinge

Bei den „politisch Verfolgten“ gibt es viel häufiger offizielle Beweisakten und in den meisten Fällen sind politisch Verfolgte stolz auf ihre Anklagen. (...) Bei den „homosexuell Diskriminierten“ sind Angst und Scham viel präsenter, berichtet **Klaus Jetz** vom Lesben- und Schwulenverband Köln. Und dann treten sie in den Anhörungen zögerlich auf und verheddern sich in Widersprüche. Auch weil die meisten schlimme Erfahrungen mit Beamten, Polizisten und Dolmetschern assoziieren. Ergebnis: „Sie drucksen rum und denken sich andere Fluchtgründe aus. Das heißt, sie kommen nicht glaubhaft rüber und sind von Abschiebung bedroht“, fasst Jetz zusammen.

## ZEIT ONLINE

### 10. Februar 2016: Schwule werden dort attackiert, wo sie sich wohlfühlen

Homosexuelle zeigten zwar laut **Markus Ulrich** vom Lesben- und Schwulenverband (LSVD) inzwischen häufiger an, wenn sie belästigt oder geschlagen werden. Das müsse aber nicht bedeuten, dass die Übergriffe tatsächlich mehr geworden seien. Eher lässt sich die höhere Zahl der Anzeigen damit erklären, dass Polizisten heute sensibler mit dem Thema umgehen als früher und Homosexuelle sich ihnen eher anvertrauen. Genaue Zahlen gebe es trotzdem nicht, denn die Dunkelziffer sei noch immer enorm hoch. Es habe aber in den letzten Jahren regelmäßig ähnliche Gewalttaten gegen Schwule oder Transgender gegeben, die es in die Presse geschafft hätten, sagt **Jörg Steinert**, Geschäftsführer des Lesben- und Schwulenverbandes in Berlin-Brandenburg. Aber auch er hält es für fraglich, ob diese neuen Fälle wirklich eine neue Tendenz aufzeigen.

## RHEINISCHE POST

### 16. Januar 2016: Evangelische Landeskirche traut homosexuelle Paare

Der Lesben- und Schwulenverband Deutschland begrüßte die Entscheidung. „Für uns ist es gut, dass ein großer Player wie die evangelische Kirche dieses Zeichen setzt“, sagte Sprecher **Markus Ulrich** unserer Redaktion. „Wir freuen uns, dass sich die Evangelische Kirche im Rheinland bei ihrer Entscheidung daran orientiert, welche Werte in einer Partnerschaft vertreten werden, und nicht, welche Form sie hat.“

## 04. Januar 2016: Rein ins Grundgesetz

„Niemand darf wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden“, lautet die ergänzende Formulierung, die der **Lesben- und Schwulenverband (LSVD)** schon vor Jahren forderte. Es wäre ein Zeichen, das für alle in Deutschland lebenden Menschen gelten würde - und eben nicht eine einseitig von Flüchtlingen abgetrotzte Erklärung. Es wäre auch ein Zeichen sich christlich nennender Parteien, dass es ihnen verlässlich ernst ist mit der Gleichstellung Homosexueller und nicht nur eine aktuelle Stimmungsschwankung, um Stimmung zu machen.

## DER TAGESSPIEGEL

### 10. Februar 2016 Flüchtlinge sollen „Respekt“ vor Homo- und Transsexuellen lernen

Der LSVD fordert, „Vielfalt“ verpflichtend in Integrationskursen für Flüchtlinge zu thematisieren. Ein Brief an Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) ist auf dem Weg. Bei der Integration von Flüchtlingen sollen auch Homo- und Trans Themen aufgegriffen werden. Das fordert der LSVD von der Bundesregierung. Nicht nur Arbeitsmarkt, Schulpolitik und Gesundheit seien für die Integration unabdingbar, sondern „auch das gesellschaftliche Miteinander“, heißt es in einem Brief, den **Manfred Bruns** und **Henny Engels** vom Bundesvorstand des LSVD an Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) geschrieben haben.

## die tageszeitung

### 17. Februar 2016: Coming out of the Heim

Die Sozialarbeiterin **Jouanna Hassoun** redet nicht lange um das Problem herum: „In den vergangenen sechs Monaten kamen mehrere Flüchtlinge mit gebrochenen Nasen in unsere Beratungsstelle. Einer hatte auch einen angebrochenen Unterarm.“ Hassoun, gebürtige Libanesin, kam selbst mit sechs Jahren als Flüchtling nach Deutschland. Heute ist sie Mitarbeiterin des Lesben- und Schwulenverbandes Berlin (LSVD). Dort melden sich jetzt immer mehr Flüchtlinge, die in den Gemeinschaftsunterkünften von ihren Mitbewohnern attackiert werden. Neben körperlicher Gewalt müssen sie auch Drohungen und Mobbing über sich ergehen lassen. „Die anderen Flüchtlinge nehmen ihnen das Essen weg oder zwingen sie, auf dem Fußboden zu schlafen“, sagt Hassoun.

# Eine LSBT-inklusive Flüchtlings- und Integrationspolitik

[www.queer-refugees.de](http://www.queer-refugees.de)

**U**nter den vielen Geflüchteten gibt es natürlich auch Lesben, Schwule, Bisexuelle und/oder Trans\*. Wie viele, weiß niemand, denn Fluchtgründe werden statistisch nicht erfasst. Queere Geflüchtete treffen in Deutschland auf eine überlastete und mangelhafte Struktur hinsichtlich Unterbringung, Beratung und Entscheidung über den Asylantrag. Sie erleben neben Hilfsbereitschaft auch offenen Rassismus. Zusätzlich machen sie spezifische homo- und transphobe Erfahrungen in den Unterkünften, im öffentlichen Raum oder im Asylverfahren.

## Was tun wir?

Als überörtliche Organisation können wir Geflüchtete oftmals nicht persönlich begleiten. Wir vermitteln sie an unsere Landesverbände und geeignete Einrichtungen in der Nähe. Auf unserer Homepage [www.queer-refugees.de](http://www.queer-refugees.de) haben wir zudem Informationen und einen ausführlichen Rechtsratgeber veröffentlicht – dank des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB), des Bundesfamilienministeriums und ehrenamtlicher Übersetzungen in Deutsch, Englisch, Französisch und Arabisch. Zusammen mit dem ASB und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband haben wir auch eine Handreichung für Unterkünfte mit Informationen, Handlungsempfehlungen, und Hintergrundinformationen zur Unterstützung von queeren Geflüchteten veröffentlicht, die demnächst auch bundesweit erscheint.

Neben dieser konkreten Unterstützung sensibilisieren wir Politik und Öffentlichkeit für diese Gruppe. In Interviews, Stellungnahmen und Vorträgen zeigen wir Folgen der bestehenden Asylgesetzgebung bzw. der geplanten Verschärfungen auf. Wie viele andere Menschenrechtsorganisationen kritisieren wir etwa das verabschiedete Asylpaket II. Geflüchtete aus den „sicheren Herkunftsstaaten“ treffen auf beschleunigte Verfahren, fehlende Beratung und eine Residenzpflicht in gesonderten Aufnahmeeinrichtungen. Sicherheit und faire Asylverfahren sind gerade für queere Geflüchtete

massiv gefährdet. Eine menschenrechtliche Bankrotterklärung ist die geplante Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als „sichere Herkunftsstaaten“, obwohl dort einvernehmliche Sexualität unter Erwachsenen gleichen Geschlechts mit hohen Gefängnisstrafen belegt ist. Zum einen verstößt das Vorhaben der Bundesregierung gegen ein Bundesverfassungsgerichtsurteil, zum anderen ist es ein fatales Signal. Wenn Verfolgerstaaten als „sicher“ bewertet werden, macht sich Deutschland im weltweiten Kampf um Entkriminalisierung unglaublich. Ein Beispiel, wie schnell wir in der Debatte um Geflüchtete doch bereit sind, „unsere Werte“ aufzugeben?!

Überhaupt kommt keine Diskussion um Geflüchtete ohne den Verweis auf die notwendige Verteidigung von „unseren Werten“ aus. Werte, die man den Geflüchteten im gleichen Atemzug dann meist verwehrt. Unter diesen Werten wird dann u.a. Akzeptanz von LSBT aufgezählt. Überraschenderweise vor allen von denen, die eine rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von LSBT immer blockiert haben bzw. bis heute ablehnen. Minderheiten werden also gegeneinander ausgespielt.

Dass sich Flüchtlinge in Deutschland auch an Grundgesetz und Gesetze halten müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Das bestreitet übrigens auch niemand. Wenn Geflüchtete aus Ländern kommen, in denen LSBT staatlich und gesellschaftlich verfolgt werden, ist anzunehmen, dass sie mitunter auch massive homo- und transphobe Einstellungen haben. Ein Anspruch auf menschenwürdige Behandlung, einen Asylantrag und gegebenenfalls auch Schutz gilt jedoch auch für sie. Allerdings müssen sämtliche Programme zur Integration sowie Materialien zum Spracherwerb darauf ausgerichtet sein, Demokratie und individuelle Freiheitsrechte zu fördern. Die Rechte von LSBT müssen endlich verpflichtendes Thema in Integrationskursen werden.

*Markus Ulrich*



# Integration heißt zusammen wachsen wollen

Gemeinsam für eine plurale Gesellschaft



*Henny Engels*  
LSVD-Bundesvorstand

Das Wort „Integration“ kommt bekanntlich aus dem Lateinischen und bedeutet unter anderem „etwas zu einem Ganzen zusammenschließen“. Übertragen auf gesellschaftliche Integration heißt das: unterschiedliche Menschen und Gruppen verbinden sich zu einer neuen gesellschaftlichen und kulturellen Einheit. Anders gesagt: Integration kann dann, und nur dann gelingen, wenn alle Beteiligten bereit sind für Veränderungen. Im Falle der geflüchteten Menschen braucht es also eine Veränderung der Mehrheitsgesellschaft ebenso wie der Hinzukommenden. Deren einseitige Anpassung an unsere vermeintlich unveränderlichen Kulturen und Traditionen zu erwarten ist müßig. So kann und wird Integration nicht funktionieren.

## Integration ist anspruchsvoll

Veränderung zu fordern bedeutet nicht, Grundwerte wie die Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte, die Anerkennung der Vielfalt von Lebensformen und –entwürfen, Selbstbestimmung oder Religionsfreiheit aufzugeben. Nichts davon darf und kann aufgegeben werden. Es bedeutet aber durchaus, manche unserer – teils nur mühsam gefundenen – Konsense wieder aufzuschnüren und mit den Hinzukommenden neue Übereinkünfte auszuhandeln, wie wir in Deutschland zusammen leben wollen. Denn Integration geht nur, wenn die Hinzukommenden wissen, dass die Gestaltung der Gesellschaft, in der sie für kurze oder lange Zeit leben werden, auch ihre Sache ist. Billiger ist Integration auch in diesem Sinne nicht zu haben. Sie wird aber auch Geld kosten, viel Geld. Das sollte uns eine Gesellschaft, in der alle gut leben können, aber wert sein.

Der LSVD setzt sich besonders für eine menschenwürdige Asylpolitik gegenüber LSBTI ein, die vor Verfolgung und Verletzung ihrer Menschenrechte flüchten. Dazu hat der Bundesvorstand sich mehrfach an die Politik gewandt. So wurde das BAMF aufgefordert sicherzustellen, dass Entscheider\_innen in den Asylverfahren fundiertes Wissen über homosexuelle und transgeschlechtliche Lebensweisen sowie über

die rechtliche und gesellschaftliche Situation von LSBTI in den Herkunftsländern haben. Entscheider\_innen wie auch die Sprachmittler\_innen müssen Asylsuchenden vermitteln, dass sie ohne Furcht auch über ihre sexuelle bzw. geschlechtliche Identität reden können.

Auch bezüglich der Sprach- und Integrationskurse hat der LSVD den politisch Verantwortlichen seine Erwartungen mitgeteilt. Er fordert, sämtliche Programme und Materialien an der Werbung für Demokratie, Vielfalt und individuelle Freiheitsrechte auszurichten. Dabei müsse die Lebenswirklichkeit von LSBTI und der entsprechende Respekt ausdrücklich angesprochen werden. Dieses Thema darf nicht der freien Wahl der Kursleitungen überlassen bleiben; es muss verpflichtender Bestandteil der Integrations- und Sprachkurse sein. Dazu müssen die Kursleitungen selbst für diese Fragen sensibilisiert werden und hoch qualifiziert für interkulturelle Arbeit sein. Diese Arbeit können nicht allein Ehrenamtliche leisten; vielmehr muss das hauptamtliche Personal erheblich aufgestockt werden. Integration beginnt mit dem Schritt über die Grenze – nicht erst dann, wenn die Verfahren abgeschlossen sind. Deshalb müssen die Kurse für alle Flüchtlinge, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, geöffnet werden. Nur so lässt sich verhindern, dass sich über kurz oder lang Parallelgesellschaften bilden.

Vor allem aber kann Integration nur gelingen, wenn die Mehrheitsgesellschaft das, was von Flüchtlingen verlangt wird, selbst glaubwürdig lebt. Wenn der Respekt für sexuelle Vielfalt Bestandteil der Sprach- und Integrationskurse sein soll, dann gilt das auch für Bildungspläne in Schulen und Kitas mit Kindern ganz ohne Migrationshintergrund. Es dürfte auch kaum einem Flüchtling einleuchten, dass er oder sie sexuelle Vielfalt akzeptieren soll, wenn die Politik LSBTI grundlegende Rechte vorenthält und zulässt, dass sie von Teilen der Zivilgesellschaft diskriminiert werden oder wenn Inländer\_innen homophobe Sprüche klopfen.

*Henny Engels*

# Anlaufstelle für queere Flüchtlinge

MILES in Berlin

**S**eit 1999 unterstützt das Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule (MILES) des LSVD Berlin-Brandenburg geflüchtete Menschen. Ein Interview mit MILES-Projektleiterin Jouanna Hassoun.

**Liebe Jouanna, du wurdest am 1. Oktober 2015 für dein Engagement für Flüchtlinge mit dem Verdienstorden des Landes Berlin ausgezeichnet. Wer hat dir den Orden überreicht? Und wofür genau hast du ihn bekommen?**

Der Berliner Senat hat in seiner Sitzung am 8. September 2015 beschlossen, mich mit dem Verdienstorden auszuzeichnen. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller hat ihn mir schließlich im Rahmen einer Feierstunde am 1. Oktober 2015 im Berliner Rathaus überreicht. Gewürdigt wurde mein ehrenamtliches Engagement bei der medizinischen Erstversorgung von „Moabit hilft“. Darüber hinaus hab ich im Sommer 2015 die spendenfinanzierte Sprachakademie für homosexuelle und transgeschlechtliche Flüchtlinge ins Leben gerufen.

**Nicht nur in deiner Freizeit, sondern auch beruflich unterstützt du queere Flüchtlinge. Mit welchen Problemen wenden sie sich an dich?**

Als Projektleiterin von MILES unterstütze ich die Menschen insbesondere im Rahmen der psychosozialen Beratung. In 2015 fanden über 1.400 Beratungen statt. Das Thema Gewalt hat dabei in den vergangenen Monaten einen sehr großen Raum eingenommen. Allein von August bis Dezember haben sich 95 Menschen, die Opfer von Gewalt geworden sind, an mich gewendet. Neben Fällen von Nötigungen und Schlägen gab es auch Messerattacken, Armbrüche und sexuelle Übergriffe. Die Massenunterkünfte sind keine sicheren Orte für homosexuelle und transgeschlechtliche Menschen. Wir waren häufig rund um die Uhr damit beschäftigt, Hostelplätze und private Wohnungen zu organisieren.

**Seit Februar gibt es eine Unterkunft nur für Homosexuelle und Transgeschlechtliche in Trägerschaft der Schwulenberatung Berlin. Das Problem ist damit gelöst?**

Noch nicht. Von 122 Wohnplätzen können bisher nur 18 in der Notunterkunft genutzt werden. Die Gemeinschaftsunterkunft öffnet erst im April. Wir können zwar auf eine andere Notunterkunft für Schutzbedürftige ausweichen. Eine andere geeignete Gemeinschaftsunterkunft gibt es aber nicht. Zudem kann es doch nicht sein, dass die meisten Flüchtlingsunterkünfte faktisch rechtsfreie Räume sind.

**Was macht Ihr dagegen?**

Wir arbeiten eng mit der Polizei zusammen. Unser Ziel ist unter anderem, die Anzeigebereitschaft zu erhöhen. Zugleich müssen wir die heterosexuellen Flüchtlinge für die Themen Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit sensibilisieren. Wir kooperieren hier sehr eng mit der AWO Berlin. In der Runde der gemeinnützigen Heimleitungen

in Berlin konnten wir mit Unterstützung der Caritas unsere Angebote bekannt machen. Plakate und Flyer werden seitdem bei mehreren Trägern ausgelegt.

**Wie zufrieden seid Ihr mit dem Flüchtlingsmanagement des Berliner Senats?**

Da ist noch Luft nach oben. In anderen Bundesländern scheint es weniger chaotisch zu laufen.

**Wie kann man Euch unterstützen?**

Zur Finanzierung vieler unserer Hilfs- und Unterstützungsangebote sind wir nach wie vor auch auf Spenden angewiesen. Diese können z.B. unter [www.berlin.lsvd.de/spenden](http://www.berlin.lsvd.de/spenden) getätigt werden.

**Herzlichen Dank und viel Erfolg!**

[www.berlin.lsvd.de/projekte/miles](http://www.berlin.lsvd.de/projekte/miles)



Deutschunterricht in der MILES-Akademie mit Spender Gerhard Hoffmann zu Besuch

# „Die Liebe zwischen homosexuellen Partner\_innen ist ein Ausdruck der Liebe Gottes“

Interview mit Nushin Atmaca (LIB-Mitglied und Koordinatorin der Berliner Gemeinde)

## Was ist der Liberal-Islamische Bund?

Der Liberal-Islamische Bund wurde im Frühjahr 2010 gegründet, um den Muslim\_innen eine Stimme zu verleihen, die sich durch die etablierten, eher traditionell ausgerichteten Verbände nicht repräsentiert sehen. Mit liberal meinen wir ein freiheitliches, eigenverantwortliches und auch kritisch-hinterfragendes Verständnis der eigenen Religion. Bundesweit haben wir ca. 200 Mitglieder.

## Viele Lesben und Schwule stehen dem Islam durchaus skeptisch gegenüber, welche Einstellung hat der LIB zum Thema Homosexualität und Transgeschlechtlichkeit?

Wir betrachten Homosexualität weder als Sünde noch als göttliche Strafe oder Prüfung. Die Liebe, die zwischen homosexuellen Partner\_innen entstehen kann, sehen wir genauso wie die Liebe zwischen heterosexuellen Partner\_innen als Ausdruck der Liebe Gottes. Der LIB spricht sich offen und entschieden gegen eine Diskriminierung von transgeschlechtlichen Menschen aus. Auch hier betonen wir die Eigenverantwortung des Menschen in der Gestaltung seines Lebens und seiner Sexualität. In unseren Gemeinden sind alle Menschen willkommen!

## Nun sehen das einige anders und beziehen sich dabei auf den Koran, Aussagen des Propheten Muhammad (Hadith) bzw. die Scharia.

Ähnlich wie im Christentum spielt auch in der islamischen Diskussion die Geschichte des Propheten Lot eine entscheidende Rolle. Bis heute hält die traditionelle Mehrheitsmeinung innerhalb muslimischer Gruppierungen daran fest, dass durch die Geschichte Lots eine Verurteilung von Homosexualität als solcher durch Gott deutlich

wird. Andere, liberalere Meinungen, darunter die des LIB, sind der Auffassung, dass Gott durch die Geschichte von Lot weder Homosexualität noch gleichberechtigte Beziehungen zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern verurteilt, sondern sexuelle Gewalt. Viele der Überlieferungen, nach denen der Prophet Muhammad Homosexualität unter Strafe gestellt haben soll, tauchten zudem sehr spät auf und präsentieren ein in der Zeit des Propheten nicht gängiges Vokabular. Daher spricht einiges dafür, dass ihm diese Aussagen im Nachhinein zugeschrieben worden sind.

## Welche Erfahrungen macht ihr mit diesem Verständnis vom Islam mit anderen Muslim\_innen?

Dass der LIB wächst, zeigt, dass unser Islamverständnis Resonanz findet. Wir haben einige homosexuelle und transgeschlechtliche Mitglieder, so dass wir unser Verständnis nicht nur verkünden, sondern tatsächlich leben.

Allerdings gibt es im weiteren muslimischen Spektrum durchaus Skepsis. Uns wird z.B. ein falsches Islamverständnis vorgeworfen.

## Was wünscht ihr Euch von der nicht-muslimischen Mehrheitsgesellschaft in Deutschland?

Wir wünschen uns, nicht mehr nur als „die Muslime“ – als Gegenüber „der Deutschen“ – betrachtet zu werden, sondern als Deutsche muslimischen Glaubens, als selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft. Und natürlich wünschen wir uns, dass die nicht-muslimische Mehrheitsgesellschaft sich nicht die (polemische) Position zu Eigen macht, dass wir den Islam nicht richtig verstanden hätten und gar keine richtigen Muslime seien, sondern dass wir und unsere theologischen Positionen als vollwertig anerkannt werden.



Nushin Atmaca  
Liberal-Islamischer Bund e.V.

## Angesichts vieler Flüchtlinge aus arabischen Ländern gibt es durchaus die Befürchtung vor einer „Islamisierung“ der Gesellschaft. Wie begegnet ihr diesen Ängsten?

Es ist nicht einfach, gegen diese Ängste anzugehen, denn es gibt viele Vorurteile und festgefahrene Bilder über „den Islam“ und „die Muslime“. Mit unserer Öffentlichkeitsarbeit und unserer Vorsitzenden Lamya Kaddor versuchen wir, diese Vorstellungen aufzubrechen. Wir versuchen, die Menschen dort abzuholen, wo sie stehen, ihre Fragen zu beantworten und ihnen so die Ängste zu nehmen. Es ist manchmal eine Sisyphusarbeit, aber sie ist unbedingt notwendig, um zu zeigen, dass Muslim\_innen in erster Linie – wie wir alle – ganz normale Menschen sind.

Ausführliches Interview unter:  
[www.lsvd-blog.de/?p=12470](http://www.lsvd-blog.de/?p=12470)

# Salafismus in Deutschland

Interview mit Politik- und Islamwissenschaftler Thorsten Gerald Schneiders

**Salafismus ist eine Form des islamischen Fundamentalismus. Was sind die Kernelemente der salafistischen Ideologie, z.B. im Hinblick auf Akzeptanz von Lesben, Schwulen und Transgender?**

Wie jede Form von Fundamentalismus ist der Salafismus ein Blick zurück auf die Wurzeln der Religion. Es soll eine moralische Lebenswelt ins Hier und Jetzt geholt werden, die im Fall des Islams 1400 Jahre alt ist. Aber nun lässt sich gerade nicht behaupten, dass SalafistInnen und andere islamische FundamentalistInnen homosexuelle Beziehungen derart scharf verurteilten, weil das vor 1400 Jahren bereits derart praktiziert worden sei. Gerade mit Blick auf die Ursprünge und die Geschichte des Islams gab es in dieser Zeit zumindest eine gelebte Offenheit.

Es bildete sich zwar eine Theologie heraus, die versucht hat, genau das zu unterdrücken, aber ihr war über Jahrhunderte kein Erfolg beschieden. Das änderte sich erst in der Moderne. Religionsgelehrte erklärten zum Beispiel, dass homosexuelle Praxis vor Gott nicht erlaubt sei, weil nach damaliger Vorstellung keine Ehe zwischen zwei Männern möglich war, da diese Beziehung keine Kinder hervorbringen konnte. Das kennt man ja auch aus anderen Religionen. Danach gelten diese Beziehungen als Ehebruch oder Unzucht. Diese Position wird von SalafistInnen und FundamentalistInnen übernommen und besonders scharf ausgelegt, so dass sie letztlich nur die Forderungen nach der Todesstrafe dafür kennen.

**Welche Erscheinungsformen des Salafismus gibt es in Deutschland?**

Laut Bundesverfassungsschutz gibt es derzeit 8.000 SalafistInnen in Deutschland, davon gelten einige Hundert als gewaltbereit. Grob geschätzt sind etwa 80-85% der AnhängerInnen männlich und jung, in der Regel zwischen 16 und 30 Jahren. Die meisten gehen nicht in diese Szene rein, weil sie auf der Suche nach dem wirklich wahren Glauben sind. Es sind meistens soziale Beweggründe. Sie fühlen sich ausgegrenzt von der Gesellschaft oder vom persönlichen bzw. familiären Umfeld, sehen keine Perspektive für ein Leben innerhalb dieser Gesellschaft.

**Viele Flüchtlinge kommen gegenwärtig aus arabischen Ländern. Wird die salafistische Bewegung hierzulande dadurch stärker?**

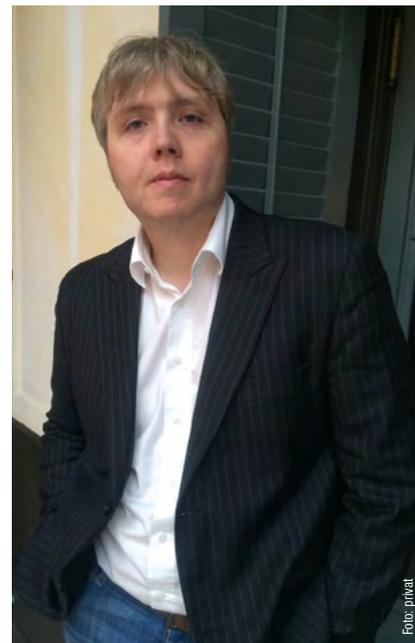
Flüchtlinge sind eine zusätzliche Gruppe, aus der sie potentielle AnhängerInnen anwerben können. Die Einschätzung der gesamten Lage ist jedoch schwierig. Denn syrische Menschen zum Beispiel sind ja zu mindestens zum Teil auch vor den IS-Terroristen geflohen. Andererseits sind junge Menschen, die sich nicht angenommen fühlen, besonders anfällig für Rekrutierungsmaßnahmen. Wenn man die Integration der Flüchtlinge schleifen lässt und die Fehler der vergangenen Jahrzehnte wiederholt, dann hat man vielleicht in vier, fünf Jahren durchaus auch derart frustrierte Persönlichkeiten, die dazu neigen könnten, in diese Szene abzurutschen.

**Pegida und Co. verteidigen angeblich „das Abendland“ gegen „die Islamisierung“ und verbreiten meist auch homophobe Parolen. Welche Ansatzpunkte gibt es, gegen Islamfeindlichkeit und Homophobie gemeinsam vorzugehen?**

Man muss gegen beides vorgehen. Den AnhängerInnen von Pegida ist es im Grunde genommen inhaltlich egal, was ihnen da vorgesetzt wird. Sie haben ein Ziel: Möglichst wenig Fremde, möglichst wenig anderes Verhalten in der eigenen Umgebung zu tolerieren. Anders sein, heißt in diesem Fall eben muslimisch sein oder homosexuell sein. Von den meisten Pegida-AnhängerInnen wird beides abgelehnt.

*Ausführliches Interview:  
[www.lsvd-blog.de/?p=12457](http://www.lsvd-blog.de/?p=12457)*

*Weitere Informationen:  
[www.thorsten-gerald-schneiders.de](http://www.thorsten-gerald-schneiders.de)  
Herausgeber von u.a.  
„Salafismus in Deutschland“ und  
„Islamfeindlichkeit: Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen.“*



*Thorsten Gerald Schneiders  
Politik- und Islamwissenschaftler*

# Mitarbeit von Homosexuellen unerwünscht

Evangelikale streiten über Umgang mit Lesben und Schwulen



**Oda Lambrecht**  
Journalistin für den  
Norddeutschen Rundfunk

Autorin von *Panorama – die Reporter*  
„Die Schwuleneiler“  
[www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama\\_die\\_reporter/Einsatz-vorlaufender-Kamera,sendung86932.html](http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama_die_reporter/Einsatz-vorlaufender-Kamera,sendung86932.html)

Buchautorin  
„Mission Gottesreich – fundamentalistische Christen in Deutschland“

Von „tief gehenden Verwerfungen“ und sogar von möglicher „Spaltung“ war in der evangelikalen Bewegung Anfang des Jahres die Rede. Auslöser waren Äußerungen von Michael Diener, dem Chef des evangelikalen Dachverbandes „Deutsche evangelische Allianz“. Gegenüber Medien hatte er sich dafür ausgesprochen, auch Menschen zu akzeptieren, die „sich in ihrer Homosexualität annehmen“.

Damit sind wohl im Klartext lesbische oder schwule Gläubige gemeint, die weder enthaltsam leben, noch sich in einer heterosexuellen Beziehung verstecken wollen. Diener forderte, dass Homosexuelle auch in evangelikalen Gemeinden „mitarbeiten“ können. Was wie eine Selbstverständlichkeit klingt, ist bislang in der strenggläubigen Bewegung nicht erwünscht, denn Homosexualität gilt als Sünde.

Michael Diener vertritt als Allianz-Vorsitzender etwa 1,3 Millionen evangelikale Christinnen und Christen – etwa zur Hälfte aus den evangelischen Landeskirchen, zur anderen aus Freikirchen. Sie legen die Bibel sehr eng aus, zum Teil wörtlich, nicht historisch-kritisch wie die Mehrheit der deutschen Protestantinnen und Protestanten. Gleichgeschlechtliche Partnerschaften werden deshalb als „schöpfungswidrig“ abgelehnt.

So sieht es auch Evangelikalen-Chef Diener. Gegenüber der Zeitung „Die Welt“ sagte er, er lese aus der Bibel nicht heraus, dass es einen Auftrag der Kirche gäbe, „homosexuelle Beziehungen“ zu segnen. Er hatte also lediglich für etwas mehr Offenheit gegenüber anderen Sichtweisen geworben. Es sagt viel über die Bewegung aus, dass bereits solche minimalen Zugeständnisse zu heftigen Auseinandersetzungen führten.

Schnell reagierte der Vorstand des evangelikalen Dachverbandes und bekräftigte, man sehe „praktizierte Homosexualität“ als „unvereinbar mit der für den christlichen Glauben maßgeblichen biblischen Ethik“ an. Auch der „Evangelische Gnadauer Gemeinschaftsverband“, dessen Präses Michael Diener ist, erklärte: „Aus unserer Sicht lassen sich biblische Aussagen über den Willen Gottes und eine homosexuelle Lebensweise nicht in Einklang bringen.“

Einer möglichen Gemeindemitarbeit erteilten die Gnadauer – übrigens eine Gruppe innerhalb der evangelischen Landeskirchen – eine Absage. Menschen, die in einer „gleichgeschlechtlichen Partnerschaft“ lebten, berufe man weder in den „Verkündigungsdienst“ noch in „Leitungsaufgaben“.

Dabei predigen Evangelikale immer wieder, dass sie nur die Sünde, nicht den einzelnen Menschen, ablehnten. So begegnet Homosexuellen oft Mitleid in den Gemeinden. Der Leiter der evangelikalen Zeitschrift „idea Spektrum“, Helmut Matthies, schreibt zum Beispiel: „Natürlich müssen evangelikale Gemeinden klären, wie sie mit Christen in ihren Reihen umgehen, die ja nichts dafür können, dass sie homosexuell empfinden.“ Matthies schreibt weiter, es müsse auch gepredigt werden, was genauso wie „sexuelle Verfehlungen“ von Gott trennt, zum Beispiel „Kunden abzocken“ oder „ständig rummosern“. Aus Sicht von Evangelikalen steht eine Partnerschaft zwischen zwei Frauen oder zwei Männern offenbar auf einer Stufe mit menschlichem Fehlverhalten jeder Art.

Um sich davon zu befreien, wird homosexuellen Gläubigen in den bibeltreuen Gemeinden auch nahegelegt, ihre sexuelle Orientierung zu verändern. Die NDR-Sendung „Panorama – die Reporter“ hatte sogar über evangelikale Ärzte berichtet, die die homosexuelle Orientierung von Patienten therapieren wollten. Und das, obwohl die Bundesärztekammer vor gravierenden gesundheitlichen Folgen solcher Umpolungsversuche warnt.

Mehrere hunderttausend Evangelikale gehören nach Schätzungen den evangelischen Landeskirchen an. Auch dort werden also homosexuelle Gläubige diskriminiert. Der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm lehne zwar jede Diskriminierung strikt ab, heißt es dazu aus seiner Pressestelle, „Eingriffsmöglichkeiten in die Regelungen der Landeskirchen“ habe ein Ratsvorsitzender aber „aufgrund der föderalen Struktur der EKD“ nicht. Grundsätzlich aber spricht sich Bedford-Strohm für eine „Öffnung der Kirche gegenüber gleichgeschlechtlichen Partnerschaften“ aus.

Oda Lambrecht

# Homo- und Transphobie den Kampf ansagen

Für einen wirksamen Aktionsplan

**H**omophobe und transphobe Stimmen werden wieder lautstärker. Sie sprechen Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI) gleiche Rechte ab und möchten uns aus dem öffentlichen Leben drängen.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD war 2013 vereinbart worden: „Wir verurteilen Homophobie und Transphobie und werden entschieden dagegen vorgehen. Wir werden den „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ um das Thema Homo- und Transphobie erweitern.“

Über zwei Jahre ist nichts passiert. Jetzt kommt möglicherweise etwas Fahrt in die Sache. Laut Auskunft des Bundesinnenministeriums soll 2016 die Überarbeitung und Ergänzung des bestehenden Aktionsplanes gegen Rassismus (NAP) in Angriff genommen werden, um Anfang 2017 einen Beschluss im Bundeskabinett herbeizuführen.

Das ist auch höchste Zeit. Der LSVD hatte der Bundesregierung bereits im Herbst 2015 Eckpunkte für einen bundesweiten Aktionsplan übersandt. Wir haben zudem weitere LSBTI-Organisationen eingeladen, aus ihrer Perspektive die Eckpunkte zu ergänzen. Die angereicherte Fassung soll nun in den Arbeitsprozess für den NAP eingespeist werden.

## Eckpunkte vorgelegt

Nur einige der Eckpunkte: Strafrechtlich relevante homo- und transphobe Hetze muss endlich konsequent geahndet werden. Der Bund muss sich zu einer klaren Diversity-Strategie verpflichten, sowohl als Arbeitgeber nach innen, als auch bei der Tätigkeit von Bundesbehörden nach außen, z.B. beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, bei der Bundespolizei und bei der Bundeswehr. Es braucht Antidiskriminierungsstrategien in der Jugendpolitik, in der Senior\*innenarbeit, in der Integrationsarbeit für Migrant\*innen und Flüchtlinge sowie in der Gesundheitspolitik.

Notwendig ist auch ein Maßnahmenpaket gegen homo- und transphobe Gewalt: bessere Erfassung und Sichtbarmachung solcher Straftaten, Maßnahmen zur Prävention, Aus- und Fortbildung bei Polizei und Justiz, Ansprechpersonen für die Belange von LSBTI in der Bundespolizei und die ausdrückliche Einbeziehung homo- und transphober Motive in die gesetzlichen Regelungen gegen Hasskriminalität.

Auch außerhalb der Bundeszuständigkeiten sollte der NAP Impulse für Länder und Kommunen setzen und die Kooperation suchen. So wäre ein nationaler Aktionsplan mehr als nur unvollständig, wenn darin Bildung und Schule nicht angesprochen würden. Eine Pädagogik der Vielfalt muss flächendeckend zum Tragen kommen: In Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, in Unterrichtsinhalten, Lernmitteln wie auch im Schulalltag muss deutlich werden: LSBTI sind gleichwertig und gleichberechtigt – sie sind Teil der gesellschaftlichen Vielfalt.

## Bloß kein Feigenblatt!

Wir werden massiv darauf drängen, dass sich der Aktionsplan nicht in einer Auflistung einzelner geförderter Projekte erschöpft. Ein solches Feigenblatt braucht niemand. Er muss vielmehr ein in die Zukunft gerichtetes Arbeitsprogramm enthalten, das an die Wurzeln geht, das Homo- und Transphobie nachhaltig eindämmt. Dazu braucht es klare Zielvereinbarungen mit verbindlichem Zeitplan und Selbstverpflichtungen der staatlichen Stellen. Wichtig ist zudem, dass die Ergänzung und Umsetzung des NAP im engen Dialog mit der Zivilgesellschaft erfolgt.

Und der LSVD pocht darauf, dass ein Aktionsplan auch die rechtliche Gleichstellung beinhalten muss. Dazu zählen die Öffnung der Ehe, ein verbesserter Diskriminierungsschutz und eine freiheitliche Reform des Transsexuellenrechts. Homo- und Transphobie sind Ideologien der Ungleichheit, die die Abwertung von Menschen zum Inhalt haben. Sie erfahren permanent Bestätigung, solange nicht gleiches Recht gilt. Eine Politik, die vorgibt, gegen Homo- und Transphobie kämpfen zu wollen, aber gleiche Rechte verweigert, dementiert sich selbst.

Günter Dworek



**Günter Dworek**  
LSVD-Bundesvorstand

**Mehr Informationen**  
unter:  
[www.lsvd.de/politik/aktionsplaene-fuer-vielfalt-und-akzeptanz.html](http://www.lsvd.de/politik/aktionsplaene-fuer-vielfalt-und-akzeptanz.html)

# Regenbogenfamilienkompetenz

Neues Projekt gestartet



Foto: Stefan Wenz

*Stärken Sie Ihre Regenbogenkompetenz durch praxisnahes Wissen und neue Impulse zur Selbstreflexion!*

*Sie beraten Regenbogenfamilien wertschätzend, fachkundig und diskriminierungsfrei?*

*Lassen Sie Ihr Beratungsangebot auf unserer „Regenbogenkompetenz-Adressdatenbank“ listen.*

Eltern stehen nicht selten vor Herausforderungen, die ohne eine kompetente Beratung und Unterstützung schwer zu meistern sind. Das trifft auf Regenbogenfamilien ebenso zu, wie auf alle anderen Familienformen.

Als Eltern sind lesbische Mütter, schwule Väter und Trans\*-Eltern mit den typischen familienbezogenen Herausforderungen konfrontiert, wie etwa der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, erzieherischen Aufgaben, organisatorischer Überlastung oder kleineren und größeren Beziehungskrisen.

Darüber hinaus sehen Regenbogenfamilien sich als eine auffallend andere Familienform vor ganz spezifische Anforderungen gestellt, wie z. B. Grauzonen und Hürden bei der Verwirklichung des Kinderwunsches, den stressreichen Umweg der Stiefkindadoption, den derzeit alle Mütter- oder Väterpaare gehen müssen, um ihre Kinder doppelt rechtlich abzusichern, bis hin zum alltäglichen Coming-out für Eltern und Kinder.

Bei all diesen Aufgaben kann ihnen eine fachkundige Begleitung und Beratung durch lokale Familien- oder Erziehungsberatungsstellen eine große Unterstützung sein.

Doch Regenbogenfamilien nutzen diese Angebote sehr selten. Warum? Sie äußern häufig die Sorge, dass Berater\_innen zu wenig über ihre Familienform wissen oder ihnen mit Vorbehalten begegnen könnten. Gerade in Zeiten größerer Verletzlichkeit wollen sie hier kein Risiko eingehen und wenden sich eher an die bundesweit sehr rar gesäten LSBTTI\*-Spezialberatungsstellen. Doch gerade die wohnortnahe und regelmäßige Begleitung durch erfahrene Berater\_innen ist für Familien mit ihren knappen Zeitkontingenten unersetzbar.

Mit dem dreijährigen Modellprojekt „Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien“ will der LSVD gemeinsam mit dem Bundesfamilienministerium eine Lücke schließen, damit Regenbogenfamilien zunehmend wohnortnah fachkundigen Rat und Hilfe erhalten und sich willkommen fühlen können.

Verschiedene Angebote werden Berater\_innen darin unterstützen, ihre RegenbogenFAMILIENkompetenz zu stärken, sich mit den aktuellen Herausforderungen und Potenzialen von Regenbogenfamilien vertraut zu machen und Hürden für Ratsuchende zu verringern.

Einen Schwerpunkt stellen hierbei kostenfreie Workshops rund um das Leben und die Beratung von Regenbogenfamilien dar. Besonders liegt uns hier die Förderung der Selbstkompetenz am Herzen. So laden wir dazu ein, die eigene Haltung gegenüber sexueller Vielfalt und der Vielfalt von Familienformen in einer achtsamen und unterstützenden Atmosphäre bewusst werden zu lassen. Ergänzt werden unsere Fortbildungsangebote durch umfangreiche Materialien und ein für Trainees exklusives Forum zum fachlichen Austausch im Rahmen des projekteigenen Internetportals.

Eine Personengruppe, die nicht zur Mehrheitsgesellschaft gehört und auf eine lange Historie der Unsichtbarkeit und der Diskriminierung zurückblickt, fühlt sich nicht mitgemeint, wenn sie nicht klar angesprochen wird oder Signale erhält: „Hier seid Ihr willkommen!“

Deshalb werden im Projekt Medien erstellt, die mitwirkende Institutionen für ihre Öffentlichkeitsarbeit nutzen können, um Hürden für ratsuchende Regenbogenfamilien zu reduzieren.

Interessiert? Ein Besuch unserer Projekthomepage lohnt sich:  
[www.regenbogenkompetenz.de](http://www.regenbogenkompetenz.de)

Hier erfahren Interessierte alles zu Projekt, aktuellen Terminen, Workshop-Themen, Buchungsmöglichkeiten und (bald) den bundesweiten Beratungsangeboten mit RegenbogenFAMILIENkompetenz.

*Dr. Elke Jansen  
Leiterin des Projektes „Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien“*

# Eine inklusive Familienpolitik für Regenbogenfamilien

Die Arbeit der „AG Regenbogenfamilien“

Den Rechtsrahmen für Regenbogenfamilien zu verbessern war auf dem Verbandstag in Berlin 2015 das Anliegen einer Gruppe von Verbandsmitgliedern. Hierzu hatten sie einen Antrag eingebracht, der erste rechtspolitische Forderungen zu Adoption, Stiefkindadoption, Sorgerecht, Reproduktionsmedizin und Mehrelternfamilien formulierte. Um diesem tatsächlich und rechtlich komplexen Thema gerecht zu werden und auch die Expertise aus langjähriger Rechtsberatung und dem Projekt „Regenbogenfamilien“ des LSVD in diesen Prozess zu integrieren, entschied der Verbandstag, zu dem Thema eine zehnköpfige Arbeitsgruppe einzusetzen. Diese hatte den Auftrag, für den nächsten Verbandstag eine Beschlussvorlage zu erarbeiten.

## Positionspapier für den Verbandstag

In mehreren Treffen hat die Arbeitsgruppe die verschiedenen kontroversen Positionen zu den einzelnen Fragen ausführlich beraten. Das von ihr entworfene Papier setzt sich intensiv und differenziert mit allen Fragen rund um Regenbogenfamilien auseinander. Ein Schwerpunkt sind Forderungen zur Reform des Familienrechts durch die Einführung von Mehrelternschaft und der Möglichkeit, die elterliche Sorge zum Wohl der Kinder auch auf mehr als ein oder zwei Elternteile zu übertragen.

Ein zentrales Bedürfnis im Rahmen der Familienplanung ist außerdem mehr Rechtssicherheit für die verschiedenen Konstellationen von Regenbogenfamilien mit mehreren sozialen Elternteilen zu schaffen, indem differenzierte Vereinbarungen durch öffentlich beurkundete „Kinderwunschvereinbarungen“ ermöglicht werden.

Schließlich beschäftigt sich das Positionspapier auch mit Fragen des Zugangs zur Reproduktionsmedizin und den Fragen von Eizellspende und Leihmutterschaft. Es trägt außerdem der besonderen Situation von trans\* und intersexuellen Eltern Rechnung und beschäftigt sich mit sozialrechtlichen Fragen des Anspruchs auf familienpolitische Leistungen für mehr als zwei soziale Eltern.

Die Forderung nach Abschaffung der belastenden, rechtssystematisch unsinnigen und diskriminierenden Praxis der Stiefkindadoption in „Zwei-Mütter-Familien“ hat als zentrale Forderung ebenfalls Eingang in das Papier gefunden. Zu der Frage, unter welchen Voraussetzungen eine „automatische“ rechtliche Elternstellung der Co-Mutter ab Geburt zu fordern ist, gab es allerdings in der Arbeitsgruppe ebenso streitige Positionen wie zu der Frage, ob grundsätzlich ab Geburt ein gemeinsames Sorgerecht der rechtlichen Eltern gewollt ist. Diese Fragen muss deshalb der Verbandstag entscheiden.

Die Mitwirkenden der „AG Regenbogenfamilien“ haben sich in den vergangenen Monaten in einer Vielzahl von engagierten Sitzungen und Telefonkonferenzen mit großem Arbeitseinsatz, sachlicher Hartnäckigkeit sowie Diskussions- und Kompromissbereitschaft in die Arbeit eingebracht.

Der Entwurf des umfangreichen Positionspapiers zu den aktuellen Rechtsfragen rund um Regenbogenfamilien wird vor dem Verbandstag an alle angemeldeten Mitglieder verschickt. Er soll dann im April in Köln diskutiert und als Beschluss verabschiedet werden. Die Arbeitsgruppe freut sich auf eine anregende Diskussion.

*Gabriela Lünsmann*



**Gabriela Lünsmann**  
LSVD-Bundesvorstand

**Berichte im LSVD-bLOG**  
[www.lsvd-blog.de/?tag=regenbogenfamilien](http://www.lsvd-blog.de/?tag=regenbogenfamilien)

**LSVD Familienseiten:**  
[www.lsvd.de/lebensformen/lsvd-familienseiten.html](http://www.lsvd.de/lebensformen/lsvd-familienseiten.html)

# Mit vereinten Kräften: „Deutschland, Du kannst das!“

Initiative #EheFürAlle

Mit dem erfolgreichen Referendum zur Ehe-Öffnung in Irland im letzten Jahr ist die Diskussion zur Ehe-Öffnung für gleichgeschlechtliche Paare in Deutschland in Medien, Gesellschaft und Politik erneut aufgeflammt. Dieses „auswärtige“ Ereignis hat das Thema für Wochen wieder in den Fokus einer breiten öffentlichen Diskussion gerückt.

Durch die fast vollständige rechtliche Gleichstellung von eingetragener Lebenspartnerschaft und Ehe in Deutschland war es zunehmend schwierig geworden, das Thema Ehe-Öffnung relevant in die mediale Berichterstattung und politische Diskussion einzubringen.

Irland hat gezeigt, dass eine Bewegung aus der Community in Zusammenarbeit mit den „Straight Allies“ zu einer Volksbewegung werden kann. In Anlehnung an diese Erfahrung fanden sich im August 2015 LSBTI-Organisationen und Einzelpersonen aus dem ganzen Land als Gründungszelle für die Initiative zusammen. Eine solch breite Koalition zu einer schlagkräftigen Initiative zu organisieren erfordert allerdings eine gewisse Vorbereitungszeit. Es müssen Strukturen und Gremien organisiert und eingerichtet werden. Die einzelnen Organisationen müssen sich untereinander vernetzen. Eine die Initiative unterstützende Medien-Agentur muss gefunden und erste Kontakte zu Sponsoren und Unterstützenden aus der Zivilgesellschaft und Wirtschaft geknüpft werden. Und als wichtiges Element muss natürlich auch die Finanzierung organisiert werden. Diese Arbeit wird koordinierend und federführend von drei Leitungsstellen der Initiative geführt, dem Initiativrat, dem Finanzrat und der Koordination. In allen drei Gremien ist der LSVD vertreten und bringt sich ein.

Wichtig für den öffentlichen Start der Initiative ist der richtige Zeitpunkt, um gleich zu Beginn aus der Initiative eine von der Bevölkerung getragene Bewegung zu machen. In den ver-



#EheFürAlle-Protest vor dem Bundestag

gangenen Monaten hat uns alle die katastrophale Situation um die Flüchtenden beschäftigt, viele Kräfte gebunden und auch den Start der Initiative verzögert. Aber #EheFürAlle ist bereit für 2016, wird überzeugend starten und bis zur Ehe-Öffnung kämpfen.

## Union als Wagenburg

Denn in Deutschland ist nach verschiedenen seriösen Umfragen nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung für eine Ehe-Öffnung, sondern es gibt auch eine politische Mehrheit zur Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes im Bundestag und Bundesrat. Allerdings ist es der Union als führender Fraktion der Regierungskoalition bisher gelungen, ihre strikte Blockade durch Koalitionsverträge abzusichern. Daraus ergeben sich für die Initiative als politische Adressaten der Bundestag und Bundesrat. Politischer Gegner sind ohne Zweifel die Unionsparteien. Diese konservative Wagenburg möchte die Initiative auch von innen heraus aufbrechen.

Unter Berücksichtigung dieser Zielgruppe und des Erfahrungsaustauschs mit erfolgreichen oder aktuellen Kampagnen-OrganisatorInnen im Ausland (USA, Irland, Slowenien, Australien, Österreich und Schweiz) wird der Auftritt der Initiative als positive Aufforderung erfolgen. Wichtige „Straight Allies“, wie die deutsche Wirtschaft und andere prominente AkteurInnen der Zivilgesellschaft, müssen sich mit der Botschaft der Initiative identifizieren können. Der Anspruch unseres Landes, nicht noch länger als gesellschaftspolitisches Entwicklungsland zu gelten, soll deutlich werden. Mit dem Slogan „Deutschland, Du kannst das!“ vereint die Initiative diese Ansprüche, die letztlich auch das konservative Bürgertum als wichtige Klientel der Unionsparteien erreichen und überzeugen sollen. Indem sich so die Mehrheit in den politischen Blockade-Parteien CDU/CSU ändert, wird der Weg für die Ehe-Öffnung frei.

Axel Hochrein

[www.ehefueralle.de](http://www.ehefueralle.de)

# Auf Augenhöhe?

Yogyakarta-Allianz: ein postkolonial orientiertes Bündnis

Ich will Euch nicht persönlich angreifen, aber Eure Länder sind in unsere Länder gekommen und haben sich mit Gewalt genommen, was ihnen nicht gehörte. Und sie haben Gesetze gegen Homosexualität hinterlassen.“ Mit diesem Satz brachte die kenianische Anwältin Imani Kimiri die Asymmetrie im Verhältnis zwischen den Ländern des Nordens und des Südens bei einem Treffen mit der Yogyakarta-Allianz auf den Punkt.

Der theoretische Hintergrund zu dieser Position heißt postkoloniale Kritik. Diese Theorie sieht im Kolonialismus eine wesentliche Ursache für die globalen Machtverhältnisse und auch für die Verfolgung von Homosexuellen in vielen afrikanischen Staaten. Es geht ihr darum, nicht mehr in den Kategorien zu denken, die für den Kolonialismus typisch waren. Sie ist der Denkrichtung der Dekonstruktion verpflichtet und fundamental machtkritisch. Und sie ist ein Aufruf zur Selbstkritik, zur Reflexion von Privilegien und Machtverhältnissen. Ihr Fokus liegt auf der Repräsentation, betrifft also Fragen der Darstellung, des Umgangs und der Idee vom Anderen.

Immer mehr beschäftigt dieser in Universitäten entwickelte, kritische Ansatz auch Aktivist\_innen. Was bedeutet er für die politische Praxis? Die postkoloniale Theorie gibt kaum Empfehlungen. Im Gegenteil hält postkolonial informierte Kritik bspw. die Entwicklungszusammenarbeit der deutschen Regierung für grundsätzlich fragwürdig.

## Postkoloniale Herausforderung für die Praxis

Als Fundamentalkritik verstanden vermittelt postkoloniale Kritik gerade auf Menschen, die an Gerechtigkeit orientiert sind, den Eindruck, dass in diesem globalen Kontext ohnehin nur falsch und daher lieber gar nicht gehandelt werden sollte. Besonders unter denjenigen, die sich für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans\* und Inter\* im globalen Süden einsetzen, zeigt sich eine große Vorsicht und Verhaltenheit.

Wer sich z.B. für LSBTIQ in Kenia engagieren will, hat das Bedürfnis, mit den Partner\_innen auf Augenhöhe zu sprechen - gleichzeitig ist das laut postkolonialer Analyse, nicht möglich.

Was tun? Dieser Frage widmet sich die Yogyakarta-Allianz. Die Yogyakarta-Allianz ist ein postkolonial orientiertes Bündnis. Sie hat sich 2012 als Initiative der Zivilgesellschaft in Berlin gegründet. Benannt ist die Allianz nach den Yogyakarta-Prinzipien zur Anwendung der Menschenrechte in Bezug auf die sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität (SOGI) von 2006.

## Einzigartige Ausrichtung der Yogyakarta-Allianz

Die Yogyakarta-Allianz ist in ihrer Ausrichtung einzigartig. Ihr Arbeitsprinzip lautet „Do no harm – but do something.“ Wir diskutieren aktuelle Themen aus dem internationalen Diskurs immer mit dem Fokus auf Menschenrechte für LSBTIQ. Im transnationalen Austausch mit Aktivist\_innen sensibilisieren wir deutsche Politik für die Belange von LSBTIQ aus dem Globalen Süden und Osten.

Auch Intersektionalität ist uns wichtig. Deshalb bemühen wir uns, People of Colour und migrantische Gruppen in unsere Arbeit einzubeziehen und setzen uns mit Rassismus im Nord-Süd-Dialog auseinander.

Das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bitten uns um Stellungnahmen. Wir sind in Kontakt mit Durchführungsorganisationen wie der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, werden für Workshops angefragt und vernetzen uns international auf Konferenzen.

Eine engagierte Kerngruppe der Yogyakarta-Allianz trifft sich regelmäßig in Berlin. Interessierte aus der Entwicklungszusammenarbeit, aus migrantischen Organisationen oder kirchlichen Hilfsorganisationen sind herzlich willkommen.

Sarah Kohrt

Leitung LGBTI-Plattform Menschenrechte

[www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/vernetzung/yogyakarta-allianz](http://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de/vernetzung/yogyakarta-allianz)



Yogyakarta-Allianz sucht transnationalen Austausch wie z.B. mit Aktivist\_innen des Programms Global Changemates.

# „Es gibt viel zu feiern, nämlich unseren eigenen Mut!“

Dawn Cavanagh von der Coalition of African Lesbians



*Dawn Cavanagh  
Coalition of African Lesbians*

**M**asakhane ist das größte jemals vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geförderte Projekt im Bereich LSBTI-Menschenrechte. Projektpartnerin ist die Coalition of African Lesbians (CAL). Geschäftsführerin Dawn Cavanagh im Gespräch mit LSVD-Bundesvorstand Uta Schwenke und Judith Menzl.

## **Was macht CAL?**

CAL ist ein Netzwerk, basierend auf 30 Mitgliedsorganisationen in neunzehn verschiedenen Ländern in Subsahara-Afrika. Wir sind Aktivistinnen. Wir sind Feministinnen. Wir wollen Veränderungen in Richtlinien, Gesetzen, Strategien und in der Praxis von Menschenrechten für alle Menschen, in allen Ländern des afrikanischen Kontinents. Man kann nicht für Frauenrechte kämpfen, ohne sich dabei auch mit den sexuellen und reproduktiven Rechten auseinanderzusetzen. Wir arbeiten z.B. bei den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Kommission. Dort wollen wir Entscheider\_innen überzeugen, diese Rechte anzuerkennen. Vielen von ihnen fällt es immer noch schwer, diese Rechte als Menschenrechte zu akzeptieren.

**In Südafrika haben Lesben und Schwule gesetzlich gleiche Rechte. Das ist ein Unterschied zu Deutschland. Was für eine Bedeutung haben diese Rechte für Sie?**

Einerseits haben wir in Südafrika diese wunderbare Verfassung, mit der wunderbaren Gleichbehandlungsklausel und den großartigen Grundrechten. Andererseits hat sich an der alltäglichen Realität nicht viel geändert. Oder es wurde noch schlimmer. Trotz des fortschrittlichen Rechtssystems ist das Ausmaß von Gewalt – körperlicher Gewalt, sexueller Gewalt, Vergewaltigung, Mord – sehr hoch. Wir müssen dafür sorgen, dass ein fortschrittliches Rechtssystem vorhanden ist, aber wir müssen auch in soziale Veränderungen investieren und die Einstellungen und Denkweise der Leute ändern.

**Was bedeutet es in Südafrika lesbisch zu sein? Sie haben schon erwähnt, dass viel Gewalt dazugehört.**

Ja, aber es geht in unseren Leben nicht nur um Gewalt. Denn was uns aufrechterhält ist, dass wir auch viel Freude in unseren Leben haben. Es gibt viel zu feiern, nämlich unseren eigenen Mut und unsere Widerstandsfähigkeit gegen diejenigen, die uns unterdrücken wollen. Was bedeutet es lesbisch zu sein? Lesben sind Menschen mit Rechten, und mehr und mehr nehmen wir uns diesen Raum und nehmen uns diese Rechte.

Zugleich bedeutet es auch Elend und Härte für viele Frauen. Manche von uns sind durch unsere soziale Herkunft geschützt. Zum Beispiel Frauen wie ich, die einen Job haben, ein Einkommen und ein Haus mit guten Sicherheitsvorkehrungen. Es kommt oft vor, dass jungen lesbischen Frauen der Schulabbruch droht. Die jungen Lesben werden oft sexuell belästigt, manchmal sogar vergewaltigt, und es ist oft unmöglich für sie, weiterhin die Schule zu besuchen. Und ohne Schulabschluss hat man keine Ausbildung und ohne Ausbildung bekommt man keinen Job. Armut und Obdachlosigkeit entstehen auch aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

**CAL leitet in Zusammenarbeit mit dem LSVD und filia.die frauenstiftung das Masakhane-Projekt. Es ist ein dreijähriges Projekt mit weiteren Organisationen aus Namibia, Sambia, Simbabwe und Botswana. Können Sie uns von dem Projekt erzählen?**

Dieses Projekt ist sehr aufregend und wichtig für uns. In den letzten zehn Jahren haben wir uns fast nur auf Interessenvertretung konzentriert, d.h. hauptsächlich auf die Arbeit bei der UN, der Frauenrechtskommission beim UN-Menschenrechtsrat und der Afrikanischen Kommission für Menschen- und Völkerrechte. Das musste so sein, denn unser Ziel war Sichtbarkeit. Jedoch haben wir kaum mit unseren Mitgliedern in den Ländern gearbeitet.

Bis jetzt konnten wir noch nicht proaktiv handeln und sagen „Okay, in den nächsten vier Jahren werden wir uns auf diese fünf Länder konzentrieren. Und in diesen fünf Ländern klären wir, was die Bedürfnisse sind und wie wir sie decken werden.“ Dafür hatten wir nicht ausreichend Geld und Personal. Masakhane ermöglicht uns genau das.

Es ist ein Lernprozess, sogar für uns im CAL-Sekretariat. Manchmal ist es ein schmerzhafter Lernprozess. Es gibt 30 Bedürfnisse, aber unsere Mittel reichen nur für drei aus. Was ist effektiver? Bringen wir den Leuten bei, wie man einen Vorstand einrichtet? Wie man Förderanträge schreibt? Wie stellen wir sicher, dass die wundervolle Arbeit auf der regionalen mit der nationalen Ebene und der Arbeit bei den nationalen Regierungen verbunden ist? Das tut Masakhane.

**Wir wollen LSBTI-Bewegungen auf dem afrikanischen Kontinent unterstützen. Wie sollten wir das am besten tun, ohne zum Beispiel koloniale und rassistische Muster zu verstärken?**

Vielleicht ist es so ähnlich wie beim Kreieren einer Bewegung. Es geht um Beratung und Zuhören. Unsere Freund\_innen müssen ihre eigenen Regierungen unter Druck setzen und zwar nicht nur für LSBTI-Rechte. Denn es geht nicht wirklich um den Kampf um sexuelle Orientierung. In CAL glauben wir noch nicht mal an so etwas wie LSBTI-Rechte. Es gibt Menschenrechte, die sich auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität beziehen. Das eigentliche Problem liegt in der Frage körperlicher Selbstbestimmung. Es sind die Fragen: Wessen Körper ist das? Wem gehört er? Wer kann über ihn Entscheidungen fällen?

Und ich glaube, unsere Freund\_innen im globalen Norden müssen anfangen, das Gespräch zu erweitern. Wir können uns nicht nur um sexuelle Orientierung und

Geschlechtsidentität kümmern. Wir müssen anfangen, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Gerechtigkeit, Armut und andere Ungerechtigkeiten zu einem Teil unseres Kampfes machen.

**Sie bauen wirklich Bewegungen auf. Wie organisieren Sie sich und wie gelingt es, die Vorteile jeder Mitgliedsorganisation zu nutzen?**

Das ist eine große Frage. Wenn ich nur eine Sache antworten könnte, dann würde ich sagen, dass es darum geht, Beziehungen mit anderen wertzuschätzen. Wenn wir von Menschenrechten und sozialem Wandel reden, geht es oft um fachliche Themen. Doch letztendlich geht es darum, Beziehungen mit anderen Menschen schätzen zu können, andere und ihre Denkweisen anzuerkennen. Das ist nicht immer einfach, weil wir alle anders sind. Und als Aktivist\_innen denken wir alle, dass wir alles wissen. So entstehen manchmal Konflikte. Da gibt es auch Konkurrenz. Aber es geht darum, dabei zu bleiben. Man darf nicht einfach aufgeben, nur weil du und ich nicht einverstanden sind, wie wir mit der Afrikanischen Kommission reden sollten, und du als Rechtsanwältin sagst: „Nein, nein, wir sollten sie lieber nicht anschreien“ und ich sage: „Doch, lass uns Lärm machen“. Es geht wirklich um Verständnis füreinander und um Bescheidenheit.

Das ist zum Teil, was wir mit dem LSVD und filia gerade tun. Es geht nicht nur ums Geld. Vielleicht hat das Geld uns eine Tür geöffnet, damit wir uns kennenlernen und eine Freundschaft aufbauen. Wenn das Geld ausgeht, werden wir trotzdem Wege finden, weiterhin miteinander zusammenzuarbeiten. Denn das sind Bewegungen. Es geht um Verbindungen und Beziehungen.

*Das ungekürzte Interview auch im Original unter:  
[www.lsvd-blog.de/?p=11281](http://www.lsvd-blog.de/?p=11281)*



*Judith Menzl, Uta Schwenke (LSVD-Bundesvorstand) und Dawn Cavanagh (Coalition of African Lesbians)*

# Empowerment in Mittelamerika

Neuer Projektpartner in Honduras

Seit dem Putsch 2009 in Honduras häufen sich die traurigen Meldungen über Morde an LSBTI-Menschenrechtsverteidiger\_innen. Fast 200 LSBTI wurden allein zwischen 2009 und 2014 in dem mittelamerikanischen Land ermordet. Erst am 24. Januar 2016 wurde die Aktivistin Paola Barraza grausam umgebracht. Sie hatte bei Asociación Arcoíris (Regenbogen) mitgearbeitet.

## Mutiges Engagement unterstützt

Die Hauptursachen für Gewalt liegen nicht nur in der Drogenkriminalität. Hinzu kommen eine militarisierte Gesellschaft, Demokratiedefizite, patriarchale Dominanz und religiöser Fundamentalismus. Die Eliten ringen um den Erhalt ihrer Privilegien und ihrer politischen und wirtschaftlichen Dominanz. Hassverbrechen bleiben aufgrund gleichgültiger wie tatenloser Behörden, Sicherheitsorgane und Justiz ungesüht.

Seit 2009 hat Arcoíris um seinen Gründer Donny Reyes den Kampf gegen den Hass aufgenommen und öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen Homo- und Transphobie organisiert. In einem neuen Projekt wird die rund 400 Mitglieder zählende Organisation zusammen mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung und mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes mehrere Workshops und Schulungen in der Hauptstadt Tegucigalpa durchführen.

Zum einen geht es darum, Besucher\_innen des vereinseigenen Zentrums Casa de la Esperanza zu stärken. Arcoíris bietet Opfern körperlicher und sexueller Gewalt und von ihren Familien verstoßenen LSBTI einen Rückzugsort. Sie finden ärztlichen oder psychologischen Rat, eine Mahlzeit, Schlafmöglichkeit und Sicherheit. Außerdem können sie an Freizeitaktivitäten oder Workshops zu den Themen sexuelle Vielfalt, Menschenrechte, Selbstwertgefühl oder Erwerbsinitiativen teilnehmen. Empowerment für die Community ist das Ziel.

Zum anderen sollen in dem Projekt zivilgesellschaftliche Organisationen für die Rechte und Belange von LSBTI sensibilisiert werden. Um homo- und transphobe Einstellungen abzubauen, werden Kooperationen mit Einrichtungen aus dem Gesundheitswesen, der Jugendhilfe, Polizei und Justiz gesucht. LSBTI sollen so Ansprechpersonen kennen, die ihnen innerhalb der Institutionen mit Respekt begegnen.

Die Kolleg\_innen von Arcoíris stehen dabei in engem Kontakt zu unserem Projektpartner Red de Desarrollo Sostenible im Nachbarland Nicaragua. Erfahrungen und Kenntnisse, die dort im Rahmen unserer Projektarbeit in den letzten Jahren erworben wurden, sollen an Arcoíris in Tegucigalpa weitergegeben werden.

*Klaus Jetz  
Hirschfeld-Eddy-Stiftung*



*Donny Reyes von Asociación Arcoíris auf einer Veranstaltung der Hirschfeld-Eddy-Stiftung*

# Bewegung auf dem Westbalkan

Neue Kooperation mit ERA

**E**RA (LGBTI Equal Rights Association for Western Balkans and Turkey) heißt der neue regionale Dachverband von 25 LSBTI-Organisationen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Serbien und der Türkei. Zu den Gründungsmitgliedern zählt auch unsere serbische Partnerorganisation Labris. ERA, mit Sitz in Belgrad, will einen positiven Wandel in der Gesellschaft anstoßen, die Menschenrechte für alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität stärken und die LSBTI-Bewegung der Region befähigen, für ihre Rechte und ihren Schutz einzustehen.

## LSBTI auf die Agenda setzen

Durch rechtliche und psychologische Beratung unterstützen die Mitgliedsorganisationen von ERA in ihren jeweiligen Ländern LSBTI, deren Familien und Freund\_innen. Sie informieren vor allem junge Menschen und die Öffentlichkeit über die Menschenrechte von LSBTI, befördern wichtige Gesetzesinitiativen für LSBTI und nehmen Einfluss auf Entscheidungsträger\_innen und Behördenvertreter\_innen. Sie sensibilisieren Mitarbeitende in Institutionen und Behörden mit Informationsmaterialien, durch Schulungen für Mitarbeitende in den Bereichen Gesundheit und Pädagogik oder durch Trainingsprogramme für Angestellte in Medieneinrichtungen, Polizeibehörden, Strafverfolgungsbehörden und Justiz.

ERA will sich 2016 zusammen mit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung und mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes für die Stärkung des Menschenrechtsschutzes, der Grundrechte von LSBTI und der LSBTI-Bewegungen in den Ländern des westlichen Balkans und der Türkei einsetzen. Diese sollen eine aktive Rolle im Agendasetting, in öffentlichen Debatten über Demokratie, Menschenrechte, soziale Inklusion und Rechtsstaatlichkeit einnehmen, um Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse in ihren jeweiligen Gesellschaften zu nehmen.



*Demonstration während einer von uns mitorganisierten Konferenz in Belgrad 2014*

Im September 2016 soll eine dreitägige, öffentliche Konferenz mit geladenen Vertreter\_innen von LSBTI-Organisationen und Verbündeten aus der regionalen, nationalen und europäischen Politik stattfinden. Um die noch sehr junge und fragile LSBTI-Bewegung im Kosovo zu stärken, wurde die kosovarische Hauptstadt Priština als Konferenzort gewählt. Die Konferenz zielt auf die Eröffnung des Dialoges zwischen LSBTI-Menschenrechtsorganisationen mit politischen Partner\_innen über Strategien einer verstärkten demokratischen und politischen Teilhabe von LSBTI in den jeweiligen Gesellschaften. Welche gesetzgeberischen Strategien sind erfolgsversprechend? Welche Herausforderungen sind zu erwarten und wie lässt sich ihnen begegnen? Welche Erfahrungen von Kolleg\_innen aus EU-Staaten mit einer Rolle als Motor für gleiche Rechte und verstärkte demokratische Teilhabe von LSBTI lassen sich für die Regionen nutzen?

Darüber hinaus werden in den jeweiligen Ländern Schulungen stattfinden. Die ERA-Mitglieder sollen befähigt werden, ihre jeweiligen

Organisationen weiterzuentwickeln. Denn im Zuge der EU-Integration müssen sie sich auf Lobbyarbeit und Kooperationen mit EU-Institutionen sowie mit nationalen Regierungen, Parlamenten, Parteien und Zivilgesellschaften vorbereiten.

Die gesamte Balkan-Region und auch die Türkei blicken auf die EU. Die politischen Parteien beschränken sich zumeist auf eine rein verbale Unterstützung von LSBTI. Kommt es zu Themen wie CSD-Veranstaltungen und Versammlungsfreiheit oder gar Partnerschaftsgesetzen, sind sie zurückhaltend und verweisen auf die Sicherheitslage und die weit verbreitete Minderheitenfeindlichkeit in der Region, die entsprechende Rechtsentwicklungen noch nicht zuließen. Umso größere Bedeutung misst ERA der EU und vor allem internationalen Kooperationen wie mit unserer Hirschfeld-Eddy-Stiftung bei.

*Klaus Jetz  
Hirschfeld-Eddy-Stiftung*

# Irina & Jutta mit Oskar

Das Gesicht des LSVD Niedersachsen-Bremen 2016



Bereits 2015 hat der LSVD Niedersachsen-Bremen mit einer Kampagne begonnen, deren Ziel es ist, die Community auf seine Arbeit aufmerksam zu machen, aus der gefühlten Nische heraus zu kommen und seine Ziele zu verdeutlichen.

Zum Auftakt wurde Dr. Henning Scherf, ehemaliger Bürgermeister von Bremen und Vater einer lesbischen Tochter, gewonnen. Mit der angefertigten Postkarte und Plakaten sind wir im vergangenen Jahr auf

CSDs und anderen Veranstaltungen präsent gewesen und haben gute Reaktionen erhalten.

Für 2016 galt es, ein neues Gesicht zu finden. Nach dem Auswahlverfahren war das Ergebnis eindeutig: Jutta und Irina mit Hund Oskar haben das Rennen gewonnen. Das Motto der Karte war schnell gefunden: „Ich bin hier der Mann im Haus“, sagt Oskar, der seit neun Jahren bei Irina und Jutta lebt.

Wer ist also das neue Gesicht? Irina und Jutta sind seit 2005 ein Paar, 2009 haben sie die Eingetragene Lebenspartnerschaft im Trauzimmer im Standesamt Wilhelmshaven begründet. Zur Familie gehört Oskar, der neun-jährige Mischling. Seine Erziehung ist abgeschlossen – er findet, er hat seine beiden Frauen gut im Griff.

Sich für die Kampagne zu bewerben, war eher eine spontane Idee von Irina – Jutta erfuhr erst davon, als sie bereits unter die letzten Drei gekommen waren. Sie möchten zeigen, dass sie ganz „normal“ leben und anderen Menschen Mut machen, zu ihrer Homosexualität zu stehen. Grund dafür sind auch Erinnerungen an frühere Zeiten, die noch sehr präsent bei beiden sind: Mit 17 Jahren das Coming-Out zu wagen, war schwer. In den 80er-Jahren war das Thema Homosexualität in den Medien noch verpönt und es gab einen Skandal, wenn im Fernsehen ein Film dazu lief. Anfang der 90er-Jahre hat Irina den ersten CSD in Oldenburg live miterlebt. Es gehörten viel Mut und Überwindung dazu, dort mitzulaufen.

Ihr möchtet mehr über unser Gesicht 2016 erfahren? Dann besucht uns beispielsweise beim CSD Aurich oder Oldenburg – die Chancen, die Drei dort anzutreffen, sind groß. Wir freuen uns auf Euch!

*Birgit Viebrandt*

*Mitarbeitende des LSVD Niedersachsen-Bremen*

## Noch viel vor!

Rückblick und Zukunftspläne des LSVD Hessen

Zur Mitgliederversammlung des LSVD Hessen lud der Landesvorstand nach Frankfurt ins Lesbisch-Schwule-Kulturhaus ein. Neben der Vorstandswahl standen auch der Tätigkeitsbericht und der Ausblick auf die zukünftige Arbeit des LSVD in Hessen ganz oben auf der Tagesordnung.

Die Forderung nach der #EhefürAlle hatte natürlich auch die CSD-Paraden in Hessen entscheidend mitgeprägt. Tatkräftige Unterstützung auf dem CSD Frankfurt bekamen Landesvorstände Lotte Köhler, Heiko Rhode und Knut Nagel auch von den engagierten Schüler\_innen des Frankfurter Gutenberg-Gymnasiums, die den gemeinsamen Stand von LSVD / ILSE und der AG LesBiSchwule Lehrer\_innen mit ihren Plakaten unterstützten.

Unter besonderer Beobachtung standen aktuelle Entwicklungen, wie die Agitation der „besorgten Eltern“ und die schärferen Töne im gesellschaftlichen Umgang und in der rechtlichen und sozialen Gleichstellung von LSBTI, die deutlich zeigen, dass LSVD-Verbandsarbeit auch weiterhin dringend erforderlich ist.

Neben den vielen Aktionen, die über das Jahr den Verband begleiten, ist das Thema „Regenbogenfamilien“ zwischen Fulda und Main immer präsent. Seit Jahren unterstützt der LSVD Hessen die regionalen ILSE-Gruppen im Land und fördert so Vernetzung und das gegenseitige Empowerment der (zukünftigen) Eltern. 2016 wird das Zukunftsforum auch in Frankfurt Station machen. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Unterstützer\_innen aus der Community wollen wir in dem Workshop Impulse für unsere zukünftige Arbeit bekommen und Strategien entwickeln, wie wir Vielfalt, gleiche Rechte und Respekt auch in Hessen sicht- und erlebbar machen können.

Wir freuen uns schon jetzt.

*Lotte Köhler und Knut Nagel*  
*LSVD Hessen*

# Was war, was kommt im Ländle

Der LSVD-Landesverband Baden-Württemberg

Unser Landesverband hat 543 Mitglieder. Der Vorstand besteht aus sechs Personen. Alle Vorstandsmitglieder leben jeweils in einer Regenbogenfamilie. Daher spielt vor allem dieses Thema in unseren Aktionen und Veranstaltungen eine größere Rolle.

## Aktiv für Akzeptanz

Der Beginn 2016 stand ganz im Zeichen der Landtagswahlen. Gemeinsam mit dem IG CSD Stuttgart organisierten wir den „Wahlcheck“ anhand unserer Wahlprüfsteine. Kontrovers diskutierten Donata Kluxen-Pyta (CDU), Brigitte Lösch (Grüne), Stefanie Brum (SPD), Jan Havlik (FDP), Johanne Tiarks (LINKE) und Michael Knödler (Piraten) auf unserer gut besuchten Podiumsdiskussion. Die grün-rote Landesregierung hat in der vergangenen Legislaturperiode viel für LSBTTIQ auf den Weg gebracht. Wir hoffen jetzt, dass der Wahlsieger Kretschmann seine Chance nutzt, diese positiven Entwicklungen auch in der neuen Landesregierung weiter zu stärken.

Weiter planen wir in diesem Jahr eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Fritz-Erler-Forum und wollen wieder auf dem CSD in Stuttgart vertreten sein. Vom 30.09. bis 02.10.2016 findet dann das zweite regionale Regenbogenfamilienseminar in Stuttgart statt. Die Planungen dafür laufen schon lange und es wird bestimmt ein Wochenende, das allen noch lange in Erinnerung bleibt.

Bereits 2015 haben wir viele verschiedene Aktionen und Veranstaltungen auf die Beine gestellt: Im März fand unser Verbandstag statt, bei dem wir den damals neu erschienenen Film von Almut Röhl: „Liebe ist Liebe – vom Lebensgefühl junger lesbischer und schwuler Menschen“ gezeigt haben. Beeindruckt haben auch die lebendigen Berichte aus den anwesenden ILSE-Gruppen und der sehr aktiven Gay and Grays. Im Mai gab es eine Aktion zum International Family Equality Day, an der Landtagsvizepräsidentin Brigitte Lösch teilnahm. Gemeinsam mit anderen Organisationen hatten wir am IDAHOT einen Infostand mit einer Luftballonaktion als buntes Zeichen gegen Homo- und Transphobie.

Beim CSD im Juli waren wir zum ersten Mal mit einer Bimmelbahn für Regenbogenfamilien vertreten. Die Resonanz war überwältigend, und wir gewannen den zweiten Platz in der Gesamtbewertung. Es sind richtig viele Kinder aller Altersgruppen mitgefahren, und alle hatten sehr viel Spaß! Bei der gut schwäbischen „Hocketse“ am nächsten Tag waren wir mit einem Infostand vertreten. Erstmals gab es auf unsere Anregung hin ein Spielangebot für Kinder mit einem Spielmobil. Wir haben uns gefreut, dass der IG CSD diese Idee gleich umgesetzt hat – die Kinder waren begeistert!



Mit der Bimmelbahn auf dem CSD Stuttgart

Im Oktober fand der zweite Regenbogenfamilientag im Stuttgarter Rathaus mit 120 Teilnehmenden statt. Constanze Körner vom LSVD-Regenbogenfamilienzentrum in Berlin eröffnete die Veranstaltung mit ihrem Vortrag über Alltag und Herausforderungen von Regenbogenfamilien. Im Zentrum stand der Dialog mit der Stadtverwaltung. An den Themeninseln wurde teils heftig diskutiert. Dabei entstanden neue Ideen und mehr Verständnis für die jeweils andere Seite. Zum Abschluss las Autorin Stephanie Gerlach aus ihrem neuen Buch „Und was sagen die Kinder dazu? Zehn Jahre später!“.

Am Jahresende war unser Landesverband Kooperationspartner bei der Lesbentagung in Bad Boll. Landesvorständin Marion Lüttig stellte dort die Arbeit des LSVD vor.

Neben unseren Veranstaltungen arbeiten wir auch in den verschiedenen lokalen und landesweiten Gremien mit, wie z.B. im Netzwerk LSBTTIQ, im Landesfamilienrat Baden-Württemberg und in Initiativen und Zusammenschlüssen vor Ort.

Ohne ein tolles Team geht das alles nicht. Wir sind ein rein ehrenamtlich arbeitender Vorstand und arbeiten wirklich gern miteinander. Wir haben viel Unterstützung von aktiven Mitgliedern. Nur so können wir all das gemeinsam stemmen. Wer Lust hat, uns zu unterstützen, sei es auch nur mit knappen Möglichkeiten, ist willkommen: Wir freuen uns auf dich!

Katharina Binder  
LSVD Baden-Württemberg

# Begegnungen, die verändern

Deutsch-russischer Jugendaustausch des LSVD Hamburg

**H**omo- und Transphobie unter jungen Menschen entschieden entgegenzuwirken und die Menschenrechte fördern - das ist der Fokus der deutsch-russischen Partnerschaft, die der LSVD mit LSBTI-Initiativen aus St. Petersburg seit Jahren pflegt. 2015 gelang es dem LSVD Hamburg, diese deutsch-russische Freundschaft, die im Rahmen der Städtepartnerschaft Hamburg – Sankt Petersburg zustande kam, mit drei Projekten weiter auszubauen.

## Zwei Projekte in Hamburg

Im Rahmen der Veranstaltung „Blick nach vorne – Ziele und Perspektiven der LSBTI in St. Petersburg und Russland“ berichteten unsere Freund\_innen während der Pride Week über ihren Alltag und ihre Arbeit. Ein offenes und selbstbestimmtes Leben ist in Russland nicht möglich. Einschüchterung und Überwachung durch die Staatsmacht sind Teil der Lebensrealität. Diese Erfahrungen teilten sie auch mit der Zweiten Bürgermeisterin Hamburgs, Katharina Fegebank, und Vertreter\_innen der Bürgerschaft bei einem Besuch im Rathaus. Ohne Angst vor Gewalt auf dem Hamburg Pride mit Regenbogenfahnen für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt zu demonstrieren, war für die jungen Menschen aus Russland ein prägendes Erlebnis.

Im August konnten wir mit russischen LSBTI-Aktivist\_innen an dem Jugendevent „Energize Your City“ in Hamburg teilnehmen. Insgesamt trafen sich 180 junge Menschen aus Deutschland und Russland, um mit ihrer Energie die hanseatische Metropole neu zu erwecken. Die Jugendlichen hatten die Möglichkeit, sich über den Lebensraum STADT in Deutschland und Russland auszutauschen sowie Ideen und Träume für die Stadt von Morgen zu diskutieren.

Leider waren wir während des Events auch immer wieder gefordert, Anfeindungen seitens einiger russischer Jugendlicher gegenüber unseren LSBTI-Teilnehmenden entschlossen



Landesvorstände Wolfgang Preussner und Barbara Mansberg überreichen Spenden

entgegenzutreten. In vielen, nicht immer angenehmen Gesprächen ist es uns gelungen, Vorurteile aufzulösen und deutlich zu machen, dass das menschenverachtende russische Propagandagesetz in Hamburg keine Gültigkeit hat. Der Dialog mit den Beteiligten hatte jedoch auch einen positiven Aspekt, eine solche Art der Aufklärung auf Augenhöhe wäre in Russland nicht möglich gewesen.

## QueerFest in Sankt Petersburg

Im September reisten wir zum Fachkräfteaustausch auf das „QueerFest“. Nachdem der ursprüngliche Veranstaltungsort wegen offenkundiger Ressentiments des Eigentümers geändert werden musste, hatte das QueerFest seine neue Heimat im LGBT-Community Centre gefunden. Für den LSVD brachte sich Barbara Mansberg aktiv mit einem Vortrag zum Thema „Lesben und Schwule im Alter“ ein. Obwohl die Teilnehmenden mit einem Durchschnittsalter von unter 30 nicht zur Zielgruppe gehörten, nahmen sie mit großer Freude an Vortrag & Diskussion teil.

In unseren Gesprächen mit der St. Petersburger LSBTI-Community verdeutlichten unsere Freund\_

innen auch, dass russlandfeindliche Kampagnen durch ausländische Kooperationspartner für sie ein großes Risiko darstellten. Die Zusammenarbeit mit „ausländischen Agenten“, die Russlands Politik massiv kritisieren, könnte von Sicherheitsbehörden als „Vaterlandsverrat“ gewertet werden. Sie appellierten an ihre ausländischen Unterstützer\_innen, im Vorfeld einer geplanten Kampagne den Dialog zu lokalen LSBTI-Organisationen zu suchen, um so die Bedrohung zu minimieren.

Trotz der schwierigen Situation zogen alle Aktivist\_innen auf dem QueerFest eine positive Bilanz. Besonders die Besuche in Hamburg haben ihnen wieder Kraft und Motivation gegeben, sich weiter für die Menschenrechte von LSBTI zu engagieren. Auch die bilateralen Gespräche der Stadt Hamburg mit unseren Partner\_innen seien wichtig und die Aufnahme der Vereinbarung „Sicherung der Menschenrechte“ in das Protokoll zur Städtepartnerschaft ein wichtiges Zeichen für die dortige Community.

Wolfgang Preussner  
und Barbara Mansberg  
LSVD Hamburg

LSVD Hamburg im LSVD-bLOG:  
[www.lsvd-blog.de/?tag=hamburg](http://www.lsvd-blog.de/?tag=hamburg)

# „Morgen schon was vor?“

Wir präsentieren das LSVD-Zukunftsforum

**25** Jahre Engagement für gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt sind kein Grund, sich auf Erreichtem auszuruhen. Mit neuen Impulsen wollen wir auch im 26. Jahr unsere politische Arbeit gegen homo- und transphobe „Bauchgefühle“ im Bund, den Bundesländern und vor Ort stärken. Denn obwohl die völlige rechtliche Gleichstellung nur eine Frage der Zeit zu sein scheint, sind wir noch weit von einer Gesellschaft entfernt, die Lebensentwürfe und Vielfalt ganz alltäglich und selbstverständlich akzeptiert.

Im Zukunftsforum geht es nicht darum, vorgefertigte Strategien zu diskutieren, sondern gemeinsam neue Ansätze zu entwickeln. Was bewegt Euch als LSVD-Mitglieder? Welche Themen sind Euch wichtig? Wo müssen wir weiter dran bleiben oder uns völlig neu positionieren? Mit welchen Strategien wollen wir zukünftig aktiv sein? Wer ist die Zielgruppe für welche Forderungen? Beim Zukunftsforum gestaltet jede\_r Einzelne mit.

Nach seinem Start in Berlin ist das Forum derzeit auf großer Deutschlandreise. Nach einem kurzen Aufenthalt beim Bund-Länder-Treffen 2015 in Schwerin ging es nach Bayern, um in München die Verbandsarbeit des Landesverbands wieder anzuschieben. Auch beim LSVD Saar haben die Mitglieder mit ihren Ideen und Erfahrungen dafür gesorgt, dass Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer weiterhin mit uns rechnen muss.

Und die Reise geht weiter...der Anflug auf Hessen ist schon geplant.

René Mertens  
Bund-Länder-Koordination



Brainstorming für gleiche Rechte

## Sachsen macht sich auf den Weg

„Landesaktionsplan zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen“

In den vergangenen Jahren hat die Hälfte der Bundesländer bereits Aktionspläne gegen Homo- und Transphobie verabschiedet und Maßnahmen zur Akzeptanz vielfältiger Lebensweisen in Angriff genommen. Auch zwischen Harz und Ostsee sind nun erste positive Ansätze erkennbar.

Sachsen war lange Zeit ein weißer Fleck auf der Landkarte für Akzeptanz. Mit einer CDU-geführten Landesregierung und stark evangelikal geprägten Landesteilen waren hier die Voraussetzungen denkbar schlecht.

Jedoch hat Ende des letzten Jahres die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, dafür gesorgt, dass endlich das „Koalitionsversprechen“ eingelöst wird und auch an der Elbe die ersten Vorbereitungen für einen Landesaktionsplan laufen.

So fanden im November 2015 in Dresden Teilnehmungsworkshops statt, an denen natürlich auch der LSVD Sachsen teilnahm. Bei den Themen

„Gleichstellung in Bildung, Hochschule und Weiterbildung“, „Gleichstellung in der Arbeitswelt“, „Bekämpfung von Gewalt und vorurteilsmotivierter Kriminalität“ und „Antidiskriminierungsarbeit im Alltag“ haben sich die Sprecher des LSVD Sachsen einbringen können und dafür gesorgt, dass sich in den vorgeschlagenen Maßnahmen auch wichtige LSVD-Positionen wiederfinden. Neben zahlreichen Organisationen der Community waren auch Gewerkschaften, der Landesfrauenrat und die zuständigen Landesministerien anwesend. Besonders der Kontakt mit den Ministerien machte die Arbeit lebendig und brachte neue Impulse in die Gespräche.

Derzeit werden Ziele und Maßnahmen abgestimmt. Ein erster Entwurf soll unter Beteiligung zivilgesellschaftliche Akteur\_innen im Frühjahr diskutiert werden.

Tom Haus und Simon Günther  
LSVD Sachsen

# Auf in die CSD-Saison

Der Sommer beginnt und damit auch die CSD-Saison. Jedes Wochenende gehen unzählige Lesben, Schwule und Transgender bundesweit auf die Straße, fordern gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt und feiern ein offenes und selbstbewusstes Leben. Natürlich ist der LSVD auf einer Vielzahl der Demoparaden und CSD-Veranstaltungen dabei. An unseren Info-Ständen erfährt ihr alles über unsere Arbeit und könnt die Vorstände, Ehrenamtler\_innen und Mitarbeitenden kennenlernen. Dort halten wir auch unsere neuen Give-Aways für euch bereit: Ob Respect-Bag, Regenbogenarmband, Flaschenöffner oder Aufkleber, es ist bestimmt für jede\_n was dabei.

*Wir freuen uns auf euch.*



Fotos: LSVD

**Ja, ich möchte in den LSVD eintreten.** Programm und Satzung des LSVD erkenne ich an.

Ich zahle einen monatlichen Beitrag\* von  10,-€  15,-€  30,-€  \_\_\_\_\_ € \*monatlicher Regelbeitrag 10€, für Nichtverdienende 2,50€

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Straße, Nr.: \_\_\_\_\_

Geburtsdatum (optional): \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

**SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den LSVD e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Gleichzeitig weise ich mein Kreditinstitut an, die von dem LSVD e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Abbuchung:  viertel- /  halb- /  jährlich

Kontoinhaber/in: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_/\_\_\_\_\_  
Kreditinstitut (Name und BIC)

IBAN: DE \_\_ / \_\_ \_\_ / \_\_ \_\_ \_\_ / \_\_ \_\_ \_\_ / \_\_ \_\_

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum, Unterschrift

Weitere Infos: [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de), [www.hirschfeld-eddy-stiftung.de](http://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de)  
lsvd@lsvd.de, Tel.: 0221 – 92 59 61 0



# LSVD-Adressen

## **LSVD-Bundesgeschäftsstelle**

Hülchrather Str. 4  
50670 Köln  
Postadresse:  
Postfach 10 34 14  
50474 Köln  
Tel.: 0221 - 92 59 61 0  
Fax: 0221 - 92 59 61 11  
E-Mail: [lsvd@lsvd.de](mailto:lsvd@lsvd.de)  
[www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)  
[www.lsvd-blog.de](http://www.lsvd-blog.de)

## **LSVD-Hauptstadtbüro und Bundespressestelle**

Almstadtstr. 7  
10119 Berlin  
Tel.: 030 - 78 95 47 78  
Fax: 030 - 78 95 47 79  
E-Mail: [presse@lsvd.de](mailto:presse@lsvd.de)  
[www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)  
[www.lsvd-blog.de](http://www.lsvd-blog.de)

## **ILSE - Initiative lesbischer und schwuler Eltern**

c/o LSVD  
Postfach 10 34 14  
50474 Köln  
Tel: 0221- 92 59 61 0  
E-Mail: [ilse@lsvd.de](mailto:ilse@lsvd.de)  
[www.ilse.lsvd.de](http://www.ilse.lsvd.de)

## **LSVD Baden-Württemberg**

c/o Weissenburg e.V.  
Weißenburgstr. 28a  
70180 Stuttgart  
E-Mail: [ba-wue@lsvd.de](mailto:ba-wue@lsvd.de)  
[www.ba-wue.lsvd.de](http://www.ba-wue.lsvd.de)

## **LSVD Bayern**

c/o Sub -  
Schwules Kommunikations-  
und Kulturzentrum  
Müllerstr. 14  
80469 München  
E-Mail: [bayern@lsvd.de](mailto:bayern@lsvd.de)  
[www.bayern.lsvd.de](http://www.bayern.lsvd.de)

## **LSVD Berlin-Brandenburg**

Kleiststr. 35  
10787 Berlin  
Tel.: 030 - 22 50 22 15  
Fax: 030 - 22 50 22 21  
E-Mail: [berlin@lsvd.de](mailto:berlin@lsvd.de)  
[www.berlin.lsvd.de](http://www.berlin.lsvd.de)

## **LSVD Hamburg**

c/o Hein und Fiete  
Pulverteich 21  
20099 Hamburg  
Tel.: 040 - 28 05 09 83  
E-Mail: [hamburg@lsvd.de](mailto:hamburg@lsvd.de)  
[www.hamburg.lsvd.de](http://www.hamburg.lsvd.de)

## **LSVD Hessen**

Postfach 17 03 41  
60077 Frankfurt / Main  
E-Mail: [hessen@lsvd.de](mailto:hessen@lsvd.de)  
[www.hessen.lsvd.de](http://www.hessen.lsvd.de)

## **LSVD Mecklenburg-Vorpommern - Gaymeinsam e.V.**

Lübecker Str. 43  
19053 Schwerin  
Tel./Fax: 0385 - 55 75 54  
E-Mail: [info@gaymeinsam-mv.de](mailto:info@gaymeinsam-mv.de)  
[www.gaymeinsam-mv.de](http://www.gaymeinsam-mv.de)

## **LSVD Niedersachsen-Bremen**

Postfach 32 32  
49022 Osnabrück  
Tel.: 0541 - 59 79 25 18  
Fax: 0541 - 59 79 25 19  
E-Mail: [nds-bremen@lsvd.de](mailto:nds-bremen@lsvd.de)  
[www.nds-bremen.lsvd.de](http://www.nds-bremen.lsvd.de)

## **LSVD Nordrhein-Westfalen**

Hülchrather Str. 4  
50670 Köln  
Postadresse:  
Postfach 10 34 14  
50474 Köln  
Tel.: 0221 - 92 59 61 0  
Fax: 0221 - 92 59 61 11  
E-Mail: [nrw@lsvd.de](mailto:nrw@lsvd.de)  
[www.nrw.lsvd.de](http://www.nrw.lsvd.de)

## **LSVD Ostwestfalen-Lippe**

c/o LSVD Landesverband NRW  
Postfach 10 34 14  
50474 Köln  
E-Mail: [owl@lsvd.de](mailto:owl@lsvd.de)  
[www.owl.lsvd.de](http://www.owl.lsvd.de)

## **LSVD Köln**

Hülchrather Str. 4  
50670 Köln  
Tel.: 0221 - 25 84 85 4  
Fax: 0221 - 92 59 61 11  
E-Mail: [koeln@lsvd.de](mailto:koeln@lsvd.de)  
[www.koeln.lsvd.de](http://www.koeln.lsvd.de)

## **LSVD Rheinland-Pfalz**

c/o LBSK e.V.  
Hintere Bleiche 29  
55116 Mainz  
E-Mail: [r1p@lsvd.de](mailto:r1p@lsvd.de)  
[www.r1p.lsvd.de](http://www.r1p.lsvd.de)

## **LSVD Saar**

Mainzer Str. 44  
66121 Saarbrücken  
Tel.: 0681 - 39 88 33  
Fax: 0681 - 39 88 66  
E-Mail: [info@checkpoint-sb.de](mailto:info@checkpoint-sb.de)  
[www.saar.lsvd.de](http://www.saar.lsvd.de)

## **LSVD Sachsen**

Postfach 01 76  
09001 Chemnitz  
Tel.: 0221 - 92 59 61 0  
Fax: 0221 - 92 59 61 11  
E-Mail: [sachsen@lsvd.de](mailto:sachsen@lsvd.de)  
[www.sachsen.lsvd.de](http://www.sachsen.lsvd.de)

## **LSVD Sachsen-Anhalt**

Schäfferstr. 16  
39112 Magdeburg  
Tel./Fax: 0391 - 54 32 56 9  
E-Mail: [sachsen-anhalt@lsvd.de](mailto:sachsen-anhalt@lsvd.de)  
[www.sachsen-anhalt.lsvd.de](http://www.sachsen-anhalt.lsvd.de)

## **LSVD Schleswig-Holstein**

c/o RA Wolters  
Meesenring 2  
23566 Lübeck  
E-Mail: [schleswig-holstein@lsvd.de](mailto:schleswig-holstein@lsvd.de)  
[www.schleswig-holstein.lsvd.de](http://www.schleswig-holstein.lsvd.de)

## **LSVD Thüringen**

Leipziger Str. 16  
99085 Erfurt  
Tel.: 0361 - 55 04 82 82  
Fax: 0361 - 55 04 82 83  
E-Mail: [vorstand@lsvd-thueringen.de](mailto:vorstand@lsvd-thueringen.de)  
[www.lsvd-thueringen.de](http://www.lsvd-thueringen.de)

# Ein Kämpfer für Demokratie und Bürgerrechte

Nachruf auf Martin Pfarr



Fotos: Caro Kadatz

**A**m 21.12.2015 ist Martin Pfarr, langjähriges Bundesvorstandsmitglied des LSVD, gestorben. Wir sind sehr traurig.

Bis zuletzt war Martin Pfarr noch optimistisch, seine schwere Krankheit besiegen zu können. Am Ende hat er den Kampf verloren. Dabei war er immer ein hartnäckiger Kämpfer, der auch vor übermächtig erscheinenden Gegnern nie klein beigegeben hat.

Martin Pfarr gehörte 1990 zu den Mitbegründern des „Schwulenverbandes in der DDR“, aus dem sich später der LSVD entwickelte. Schon in der DDR war er politisch aktiv gewesen, engagierte sich in der Opposition, die sich in der evangelischen Kirche zusammenfand. Der gebürtige Magdeburger war bereits in den 1980er Jahren ein mutiger Streiter für die Rechte von Lesben und Schwulen im SED-Staat, in dem Homosexualität offiziell weitgehend tabuisiert war. „Man kann schon sagen, dass wir um unsere Jugend betrogen worden sind, weil wir uns in der DDR nicht ausleben konnten“, erinnerte sich Martin Pfarr 2011 in einem Interview in der „Magdeburger Volksstimme“.

Von Anfang an war er eine der tragenden Persönlichkeiten in unserem Verband. Martin Pfarr engagierte sich im Landesverband Sachsen-Anhalt, baute ihn ganz wesentlich mit auf und gab dem LSVD in Sachsen-Anhalt eine gewichtige Stimme in der Zivilgesellschaft und der Landespolitik: verbindlich, humorvoll, dialogfreudig, aber immer mit klaren Forderungen. Dazu gehörte der Einsatz für ein Antidiskriminierungsgesetz im Land ebenso wie der erfolgreiche Kampf gegen die öffentliche Förderung eines obskuren „Homo-Heiler“-Vereins, der von einigen CDU-Landespolitikern gepampert worden war. Einen sehr wichtigen Erfolg, gewissermaßen eine vorläufige Krönung von 25 Jahren hartnäckigem Einsatz, konnten Martin Pfarr und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter im LSVD Sachsen-Anhalt im Januar 2015 feiern: Der Landtag votierte einstimmig (!) für einen Aktionsplan gegen Homophobie. Die Umsetzung wurde am 23.12.2015, zwei Tage nach Martins Tod, beschlossen.

2006 wurde Martin Pfarr erstmals in den LSVD-Bundesvorstand gewählt, dem er seitdem ununterbrochen angehörte. Auch dieses Engagement auf Bundesebene für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) leistete er rein ehrenamtlich – neben der Arbeit als niedergelassener Arzt in seinem Wohnort Köthen, wo er zudem seit 1990 intensiv in der Kommunalpolitik aktiv war und für die SPD in den Stadtrat gewählt wurde.

Sich einbringen in der Demokratie, der Kampf für gleiche Rechte und klare Kante gegen Homo- und Transphobie waren seine Antriebsfedern. Daneben prägte Martin Pfarr auch die Positionen des LSVD in der Gesundheitspolitik für LSBTI oder in der intergenerativen Arbeit. Ein würdiges Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus war ihm ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Er setzte sich auch dafür ein, dass die Geschichte der Lesben und Schwulen in der DDR nicht in Vergessenheit gerät, insbesondere nicht der unerschrockene Einsatz für die Bürgerrechte von Lesben und Schwulen, der mit Namen wie Eduard Stapel und eben Martin Pfarr verbunden ist. So hat er maßgeblich die wichtige Fachtagung „Lesben und Schwule in der DDR“ im Oktober 2005 im Magdeburg organisiert.

Wir alle im LSVD sehen uns in der Aufgabe, dem Vergessen entgegenzuwirken, gerade in der heutigen Zeit, in der Demokratieverächter, Rassisten und Homophobe wieder an Lautstärke zunehmen. Gerade jetzt bräuchten wir den sanften Kämpfer Martin Pfarr so sehr weiter in unseren Reihen. Sein Tod reißt eine große Lücke. Mit unserer Arbeit für eine offene Gesellschaft und gegen jede Form von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit werden wir die Erinnerung an diesen bescheidenen großen Demokraten und Bürgerrechtler, an den Menschenfreund Martin Pfarr pflegen.

*Günter Dworek*

*Fotos von der Trauerfeier:  
[www.lsvd-blog.de/?p=12168](http://www.lsvd-blog.de/?p=12168)*

„Mit Ihren Argumenten wäre ich in der Schule durchgefallen!“

# MINISTERPRÄSIDENTIN TRIFFT LSVD



Im Juni 2015 warnte die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) vor Inzest und Polygamie, falls die Ehe auch für Schwule und Lesben geöffnet werden würde. Im September 2015 stellte sie sich der öffentlichen Diskussion mit dem LSVD Saar und Bundesanwalt a.D. Manfred Bruns. Günter Dworek leitete die hitzige Diskussion. Distanzieren

wollte sich AKK von ihren Aussagen nicht. „Es geht hier um Emotionen, die tief verwurzelt sind.“ Manfred Bruns versuchte, die Diskussion auf sachlicher Ebene zu führen. In den Nachbarländern Frankreich, Luxemburg oder Belgien gebe es keinerlei Erkenntnisse darüber, dass sich die Öffnung der Ehe nachteilig auf die traditionelle Ehe ausgewirkt habe. Die Ministerpräsidentin dazu: „Es

kann sein, dass meine Meinung vielleicht auch in der Partei bald keine Mehrheitsposition mehr ist. Aber es ist meine Meinung - und so sehe ich das auch.“ Zur Diskussion kamen rund 200 Gäste. Auch Beteiligte selbst kamen zu Wort, darunter Malte Czarnetzki, 21 Jahre alt, mit zwei Müttern aufgewachsen. Malte sagte zu AKK: „Mit Ihren Argumenten wäre ich in der Schule durchgefallen.“

## SCHULPROJEKT ERFOLGREICH

Das Schulprojekt des LSVD Saar hat in den letzten Monaten große Schritte nach vorne gemacht. Mittlerweile arbeiten 20 junge Lesben und Schwule ehrenamtlich mit und gehen immer öfter in den Unterricht: Letztes Jahr wurden mehr als 30 Workshops durchgeführt, allein in diesem Jahr waren es bislang 20.



2013 hatte das Bildungsministerium die Richtlinien zur Sexualerziehung an den Schulen reformiert. Künftig sollten auch schwule, lesbische und transidente Lebensweisen im Unterricht eine größere Rolle spielen. Dabei bat das Bildungsministerium den LSVD Saar um Unterstützung. Das Schulprojekt wird u. a. aus Projektmitteln über „Demokratie leben!“ finanziert.

## LSVD NUN IM RUNDFUNKRAT

Der LSVD Saar erhält seit diesem Jahr einen Sitz im Rundfunkrat des Saarländischen Rundfunks (SR). Damit soll zukünftig dafür Sorge getragen werden, dass die Belange von Lesben und Schwulen gleichberechtigt neben den Familien- und Frauenverbänden im Rundfunkrat vertreten werden. Der LSVD Saar hatte die Aufnahme in den Rundfunkrat bei der Landesregierung und den Fraktionen des Landtages vor einem Jahr im Zusammenhang mit der Diskussion über die Besetzung des ZDF-Beirates vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde von allen Parteien begrüßt. Das Saarland ist das erste Bundesland, welches Lesben und Schwulen eine Vertretung in seinen Rundfunkanstalten gibt. Auch im Landesmedienrat erhält der LSVD einen Sitz.

**22. - 24. JULI: DER CSD SAARLORLUX 2016**

## LANDTAG FÜR BLUTSPENDE

Die Piraten hatten den Antrag in den Landtag eingebracht - alle Parteien folgten einstimmig: Schwule sollen zukünftig Blut spenden dürfen, zumindest nach dem Willen der saarländischen Politik. Die Richtlinien der Bundesärztekammer werden derzeit überarbeitet. Bis diese Überarbeitung abgeschlossen ist, wird sich an der bisherigen Praxis nichts ändern. Trotzdem ist der Landtagsbeschluss ein starkes Zeichen gegen Diskriminierung. Sobald die Richtlinien überarbeitet sind, will der LSVD aktiv in seiner Zielgruppe zu Blutspenden aufrufen.

Texte: Robert Hecklau, LSVD Saar. 0681 398833.  
[info@checkpoint-sb.de](mailto:info@checkpoint-sb.de) - [saar.lsvd.de](http://saar.lsvd.de) - Besucht uns bei Facebook!

finally-gay.com

**GARAGE • SAARBRÜCKEN**

*Finally*

PARTY FOR GAYS, LESBIANS & FRIENDS

jeden 2. Samstag im Monat 22.00 Uhr

[www.facebook.com/FinallyGay](http://www.facebook.com/FinallyGay)

langweilig  
ist  
anders

Wir beraten Sie fachmännisch!

**ALBAN HOLL** GMBH

SCHMUCK  
AUGENOPTIK  
SEHBERATUNG

Pickardstr. 23 · Püttlingen · Tel. (06898) 67264

switch  
it

Gemischtes Publikum

*History*

große Speisekarte

*Bistro*

Inh. Richard Paulus

OBERTORSTR. 10 • SB Tel.: 0681 / 3 90 85 82

Bis zu  
**15%** sparen  
[www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)



# Der LSVD & Sixt.

(Eine bunte Verbindung)